

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A 2 Flora 4933

Berlin, 16. Juni 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 24

Hygiene und Berufsgefährdungen der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter

Von Prof. Dr. Hanauer, Frankfurt a. M.

II.

Gefährdet sind beim Konditor in erster Linie die Zähne durch den Zuckerstaub, der sich im Mundspeichel löst. Am meisten werden die Lippen- und Wangenzähne betroffen. Die Schneidezähne zeigen oft Zahnfäule, die meist am Zahnfleischrand beginnt. Es lagert sich dann Zuckerstaub in die Höhlen ein. Aus dem Zuckerstaub bilden sich durch Bakterienentwicklung organische Säuren, die zur Erweichung des Zahnbeines führen, dessen Widerstandsfähigkeit gegen auflösende und fäulnis-erregende Kleinlebewesen dadurch herabgesetzt wird. Es kommt hier vor allem der Zuckerstaub in Betracht, der beim Mahlen und Sieben entsteht. Die Zahnfäule bringt die Zähne bald zum Abbrechen. Die Bißprobe beim Bonbonmischen trägt ebenfalls zur raschen Zerstörung des Gebisses bei.

Zur Verhütung solcher Zahnzerstörung empfiehlt sich neben der maschinellen Staubverhütung die tägliche Reinigung der Zähne nach der Arbeitsschicht mittels Zahnbürste und doppelkohlensäurem Natron, das die den Zuckerstaub festhaltende Schleimschicht von den Zähnen nimmt und den Zahnstein beseitigt. Sind die Zähne bereits angegriffen, so ist rechtzeitige zahnärztliche Behandlung nötig. Ebenso sollen bei den Lehrlingen vor dem Eintritt in den Beruf die Zähne nachgesehen und instand gesetzt werden, denn naturgemäß sind an und für sich schadhafte Zähne mehr gefährdet. In den Zuckerbäckereien, wo der Zucker maschinell gemahlen und gesiebt wird, ist die Zahngefährdung geringer oder kann ganz fehlen. Gewerbemedizinalrat Beintker beschäftigte sich im Jahresbericht der Gewerbemedizinalräte mit der Zahnbeschaffenheit der Konditoren. Er hat den Eindruck, als wenn der reichliche Genuß von Zuckerwaren die häufigen Zahnschädigungen bedinge. Ganz besonders schädlich wirkt in den Bonbonbäckereien die Prüfung, ob die Zuckermasse die genügende Härte erreicht hat, durch den Biß. Solange der richtige Grad nicht erreicht ist, ist die an den eingetauchten Stäbchen klebende Masse zähe und sitzt an den Zähnen fest; erst bei dem richtigen Grade wird sie glashart und spröde. Diese Probe zerstört die Vorderzähne in kurzer Zeit. Sie ist aber zurückgetreten gegenüber dem Kochen der Masse im Vakuum mit Thermometer und Uhr.

Das Arbeiten mit Zucker und Fruchtsäften führt beim Kandieren der Früchte zu schmerzhaften und langdauernden Nagelbettentzündungen, die zum Verlust des Nagels und zum längeren Aussetzen der Arbeit führen. Schuld daran sollen außer dem Zucker die Hitze und die Pflanzensäuren sein. Die Krankheit ist zuerst bei den Arbeitern in Frankreich beobachtet worden, die monatelang in den großen Konfiserien Südfrankreichs mit der Herstellung glasierter Früchte beschäftigt wurden, während sie bei sonstigen Konditorarbeiten nicht in die Erscheinung trat. Die Franzosen führen das Leiden direkt auf das Glasieren der Früchte zurück, da die Fingerspitzen bei dieser Arbeit eine Reihe von Schädigungen erfahren. Da sind zunächst die Wärmereize, nämlich das abwechselnde Eintauchen

der Finger in heißes und kaltes Wasser, das Eintauchen der Finger in die Fruchtsäfte zur Ermittlung ihrer Temperatur, ferner mechanische Reize durch Anstoßen der Finger an die Gefäßwände beim Sortieren oder Herausnehmen der Früchte, endlich chemische Reize, nämlich die Berührung mit den Zuckersäften und den Fruchtsäuren. Zum Beweis dieser Annahme wird betont, daß vor allem die Finger erkranken, die diesen Schädlichkeiten am meisten ausgesetzt sind, nämlich der Daumen und der Mittelfinger. Auch wird darauf hingewiesen, daß möglicherweise auch eine Wirkung des Zuckers vom Blut aus in Betracht kommen könnte. Die Erscheinungen dieser Krankheit sind wechselnder Natur, sie können fortschreiten von einer einfachen entzündlichen Reizung des Nagelsaumes bis zur eitrigen Entzündung des Nagelbettes und zum brandigen Absterben des Nagels. Die Erkrankung ist stets langwierig. Schmerzen sind meist nur wenig vorhanden, abgesehen von mäßigem Jucken und Brennen. Es werden entweder mehrere Finger zugleich oder kurz hintereinander befallen. Die Krankheit beginnt mit kleinen Geschwürchen, in denen der Zuckerstaub sich festsetzt. Der Nagel löst sich später langsam aus dem seitlichen Nagelsaum, wobei er sich gleichzeitig schwarz verfärbt und seinen Glanz verliert.

Die Beschwerden sind oft so gering, daß die Patienten dabei weiterarbeiten. Erst wenn sie heftiger werden, suchen sie den Arzt auf. Der Verlauf der Krankheit zieht sich oft jahrelang hin mit Besserungen und Verschlimmerungen. Im Anfang ist oft Heilung möglich, wenn der Betroffene die Arbeit rechtzeitig einstellt und so lange der Arbeit fernbleibt, bis völlige Heilung eingetreten ist. Dann kann auch der Nagel erhalten werden. Bei fortgeschrittener Erkrankung ist jedoch die Erhaltung des Nagels unmöglich. Die Heilung wird beschleunigt, wenn die Nägel, soweit sie verfärbt sind, frühzeitig entfernt werden. Es bildet sich wieder ein neuer Nagel, dieser neigt jedoch zur Sprödigkeit, Verdichtung und Abschilferung und nimmt erst nach längerer Zeit seine normale Form und Farbe an. Auch Bestrahlung mit Höhensonne ist zur Behandlung empfohlen worden. Spirituswaschungen und Karbolumschläge sind jedoch zwecklos, letztere sogar gefährlich, da sie erst recht zum brandigen Absterben der Finger führen können. Zur Vorbeugung der Nagelentzündung sind öftere Waschungen der Hände mit warmem Seifenwasser am Platze, darauf Glycerineinreibungen und ordentliches Abtrocknen der nassen Hände und der Gebrauch der Nagelbürste.

Die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft im Jahre 1931

Soeben veröffentlicht die obengenannte Berufsgenossenschaft ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1931, dem folgende Zahlen und Angaben entnommen sind. Typisch für die heutige Zeit ist der Einleitungssatz zu dem Bericht, in dem es heißt: „Die Zahlen des vorliegenden Geschäftsberichtes der Berufsgenossenschaft veranschaulichen deutlich die steigende Notlage des Brauerei- und Mälzereigewerbes. Die durch den Absatzrückgang bedingten Betriebseinschränkungen führten sowohl zu einem starken Rückgang des Bestandes der versicherten Personen und der nachgewiesenen Jahreslohnsumme wie auch zu einer entsprechenden Abnahme der Zahl der gemeldeten und entschädigten Betriebsunfälle.“ Am Jahresschluß waren versichert: 2651 Brauereien, 502 Mälzereien, 23 sonstige Betriebe, zusammen 3176 Betriebe. Hierzu kommen noch 1921 Bierniederlagen als Nebenbetriebe. Im Vorjahre waren außer 3181 Hauptbetrieben noch 1977 Nebenbetriebe versichert. Die Zahl der Betriebe ist demnach nicht erheblich zurückgegangen. Mehr gefallen ist die Zahl der Beschäftigten. Es wurden gezählt am Schluß des Jahres 1931 Beschäftigte: in den Brauereien 76 301, Mälzereien 4238, sonstige Betriebe 173, Bierniederlagen 7559. Zusammen 88 271 Versicherte (hierunter befinden sich 11 397 kaufmännische Angestellte). Da im Vorjahre 100 792 Versicherte gezählt wurden, ist ein Rückgang von 12 521 Personen eingetreten. Der Durchschnittslohn eines Versicherten betrug 3046,32 Mark. Im Vorjahre (1930) betrug er dagegen noch

3194,75 Mk. Das insgesamt im Berichtsjahre zur Erhebung der Umlage nachgewiesene Entgelt der Versicherten betrug 268 901 627 Mk. gegen 322 005 980 Mark im Vorjahre. Es ist dies eine Abnahme um 53 104 353 Mk. oder um 16,5 Proz. Nicht berücksichtigt ist bei diesem Vergleich die Abnahme der Versicherten. Die Umlagesumme (Beiträge) für das Jahr 1931 erreichte eine Höhe von 4 430 707,58 Mk. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Unfallentschädigungen 3 597 822,46 Mk., Verwaltungskosten 245 388,80 Mk., Unfallverhütung 119 793,26 Mk., Verfahrenskosten 23 024,97 Mk., Sektionsunkosten 555 336,47 Mk., ausgefallene Beiträge 143 984,23 Mk., Finanzdienst 12 882 Mk. Diesen Gesamtaufwendungen in Höhe von 4 698 232,19 Mk. steht eine sonstige Einnahme im Betrage von 267 524,61 Mk. gegenüber, so daß ein umzulogender Betrag von 4 430 707,58 Mk. verbleibt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Umlage um 106 398,95 Mk. vermindert. Der Betriebsstock beträgt 5,5 Mill. Mk. Die Rücklage weist einen Bestand von 1 402 390 Mk. auf.

Interessant sind die Angaben über Betriebsunfälle und Unfallhäufigkeit. Unfallmeldungen gingen 14 163 ein (4005 weniger als im Vorjahre). Erstmals entschädigte Unfälle wurden 487 gezählt. Auch hier ist gegenüber dem Vorjahre eine Verminderung um 139 eingetreten. Einen richtigeren Ueberblick gewinnt man, wenn man diese Zahlen mit denen der Versicherten vergleicht. Auf 1000 Versicherte kommen gemeldete Unfälle 1930: 180, 1931: 160,4, erstmalig entschädigte Fälle 1930: 6,21, 1931: 5,5.

Die Zahl der Unfälle ist demnach erfreulicherweise auch relativ zurückgegangen. In diesen Zahlen sind 666 sogenannte Wegeunfälle enthalten. Die Zahl der tödlichen Unfälle ist von 89 im Vorjahre auf 44 zurückgegangen. Auf 1000 Vollarbeiter kommen im Berichtsjahre 0,5 tödliche Unfälle gegen 0,9 im Vorjahre. Auch hier ist ein erfreulicher Rückgang zu verzeichnen. Der Bericht der technischen Aufsichtsbeamten enthält über diese Unfälle noch nähere Angaben und Einzelheiten. Ueber die Verminderung der Unfälle heißt es in dem Bericht: „Der Rückgang der Zahl der Unfallmeldungen und derjenigen der erstmals entschädigten Unfälle hat sich fortgesetzt; eine Ausnahme machen die sogenannten Wegeunfälle. Die Abnahme der relativen Zahlen dürfte ihre Ursachen zum Teil darin finden, daß die Einstellung ungeübter Arbeiter im Sommer des Berichtsjahres nicht erforderlich war, ferner daß bei den Entlassungen die weniger tüchtigen Personen, die wahrscheinlich leichter Unfälle erlitten haben, ausgesteuert wurden; die Zahlen werden in der wirtschaftlichen Krisis außerdem dadurch beeinflusst, daß die Versicherten bei kleineren Unfällen die Meldepflicht vernachlässigen.“ Dieser letzte Satz ist wohl so auszulegen, daß die Arbeiter aus Angst vor Verlust der Arbeitsstelle die Meldung unterlassen.

Der Bericht enthält weiter interessante Angaben über die Unfallursachen. Es ereigneten sich von den erstmalig entschädigten Unfällen an Kraft-erzeugungsanlagen 3, Kraftübertragungsanlagen 7, Arbeitsmaschinen 26, Fördermaschinen 18, Transport 155, heiße, ätzende Stoffe, Gifte 10, Zusammenbruch von Gerüsten, Herabfallen von Gegenständen 25, Fall von Leitern, Treppen usw. 124, durch Tiere 10, Handwerkszeug 6, Wegeunfälle 52, Verschiedenes 51. An erster Stelle stehen demnach die Unfälle beim Transport von Fässern usw. Nach den Angaben des Berichtes sind auch die Verletzungen durch Flaschenscherben in ihrer Zahl hoch, ihrer Art nach aber leichter Natur. Auch an Fabwaschmaschinen ereignen sich immer wieder Unfälle.

Leider enthält der Bericht recht herzlich wenig Angaben über die Tätigkeit der Aufsichtsbeamten. Es sind nur in einer Tabelle Zahlen über die Betriebsrevisionen angeführt. Besichtigt wurden von den 5 Aufsichtsbeamten 1401 Betriebe mit 40 759 versicherten Personen. Es sind dies 43 Proz. der überhaupt vorhandenen Betriebe und 46 Proz. aller versicherten Personen. Leider enthält der Bericht kein Wort über die bei den Besichtigungen vorgefundenen Mängel. Ueber die Durchführung der Revisionen heißt es: „Die Betriebsvertretungen wurden regelmäßig zu den Revisionen und Unfalluntersuchungen herangezogen; in Großbetrieben wurde oft ständige Verbindung und gutes Einvernehmen der Unternehmer mit den Betriebsvertretungen im Interesse der Unfallverhütung festgestellt. In steigendem Maße — namentlich in ländlichen Gegenden — wird von der Möglichkeit der Begleitung bei der Betriebsbesichtigung kein Gebrauch gemacht, auch Abneigung gegen Übernahme des Amtes überhaupt bestand nicht selten. Als Folge der herrschenden Wirtschaftskrise ist es aufzufassen, daß von den Versichertenvertretern trotz ihrer Anteilnahme an dem Unfallschutz keine Vorschläge für die Unfallverhütung gemacht wurden. Vereinzelt wurde bei den Betriebsvertretungen auffallend geringes Verständnis für die Unfallversicherungsmaßnahmen angetroffen, so daß ernste Ermahnungen und Belehrungen erfolgen mußten.“ Diese Feststellung muß als äußerst betrüblich angesehen werden. Allem Anschein nach hindert jedoch die Furcht vor der Entlassung die Arbeiter, ihrem Arbeitgeber allzu sehr mit Wünschen und Anregungen in den Ohren zu liegen. Das Verbandmaterial für die erste Hilfe war im allgemeinen in gutem Zustande angetroffen. Größere Betriebe haben oft ausgebildete Samariter als Betriebshelfer. Wegen Verstößen gegen die Unfallverhütungsvorschriften wurden gegen 2 Unternehmer und 8 (!) Versicherte Geldstrafen verhängt.

Interessante Zahlen enthält der Bericht weiter über das Leistungsverfahren und das Streitverfahren. Insgesamt sind im Berichtsjahre von der Genossenschaft 2267 Bescheide ergangen. In 880 Fällen wurde gegen die Bescheide bei den Oberversicherungsämtern Berufung eingelegt. Da aus den Vorjahren noch 361 unerledigte Streitfälle schwebten, harrten insgesamt 1241 ihrer Abwicklung. Von diesen fanden 943 ihren Abschluß, während 298 als unerledigt mit in das neue Jahr übernommen werden mußten. Von den erledigten Fällen endeten zugunsten der Genossenschaft 551, zugunsten der Versicherten 136, mit teilweisem Erfolg für die Versicherten 118, durch Zurücknahme 138. Die Versicherten konnten demnach nur in 254 von 943 Fällen bei den Streitverfahren einen vollen oder teilweisen Erfolg für sich verbuchen. Rekurse bei dem Versicherungsamt standen insgesamt 236 zur Erledigung. Von diesen verliefen zugunsten der Genossenschaft 32, zugunsten der Versicherten 11, durch Zurücknahme 16, durch Zurückverweisung 51, unerledigt blieben 126. Diese Zahlen zeigen, daß die Versicherten im Streitverfahren sehr wenig Aussicht auf Erfolg haben.

Wochenschau

Reichstagsneuwahl am 31. Juli. Durch eine Verordnung hat der Reichspräsident die Neuwahl des Reichstages auf den 31. Juli festgesetzt.

Unternehmer als Arbeitsminister. Das feudalistische Reichskabinet der Barone und Junker ist jetzt vollständig. Der Reichspräsident hat den ehemaligen Krupp-Direktor Schaeffer zum Reichsarbeitsminister ernannt. Seit Bestehen des Reichsarbeitsministeriums ist es das erstmalig, daß ein ausgesprochener Unternehmer Sozialminister wird.

Brüning kontra von Papen. In nicht mißzuverstehender Weise hat der Reichskanzler a. D. Brüning dem jetzigen Kanzler v. Papen auf seine „Regierungserklärung“ geantwortet. Brüning wirft ihm Gefühl der Unsicherheit, Abweichen von der Wahrheit und Verdunkelung der Wahrheit vor.

Die Repräsentanten für Lausanne. Bei der kommenden Konferenz in Lausanne wird Deutschland vom Reichskanzler v. Papen vertreten, ihn sekundieren der Reichsfinanzminister Graf Schwerin von

Gleichgültige schädigen sich und ihre Mitarbeiter!

Am 18. Juni ist der 26. Wochenbeitrag fällig

Krosigk, Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath und der „Bürgerliche“ Dr. Warmbold.

Ministerpräsident Braun in Urlaub. In einem Schreiben hat Ministerpräsident Dr. Braun dem Staatsminister Dr. Hirtsiefer, der vorläufig die Geschäfte der preußischen Regierung weiterführt, mitgeteilt, er werde einen längeren Urlaub antreten. Obwohl die Kommunisten gemeinsam mit den Nazis eine Verurteilung vor dem Staatsgerichtshof verlangten und seinen sofortigen Rücktritt forderten, werfen sie ihm jetzt vor, seinen Ministersessel kampfflos den Nazis überlassen zu haben!

Württembergs Staatspräsident gegen Regierungswechsel im Reich. Staatspräsident Bolz führte auf einer oberschwäbischen Tagung folgendes aus: „Wenn eine so zusammengesetzte Regierung wie das Kabinet v. Papen der Ausdruck der nationalen Volksgemeinschaft sein soll, dann sind wir alle samt und sonders verkauft. Wenn die Nationalsozialisten diese „Regierung der Großagrarien“ dulden und nicht verlangt haben, selbst in der Regierung vertreten zu sein, so beweist das nur, daß sie zu feige sind, um im jetzigen Augenblick die Verantwortung zu übernehmen.“

National„sozialistische“ Demagogie. Ende Mai brachten die Nazis im Württembergischen Landtag einen Antrag ein, „bei der Reichsregierung und dem Reichsrat schärfsten Einspruch gegen die geplanten Notverordnungen der Reichsregierung zu erheben“. Als am 7. Juni der Antrag im Landtag zur Beratung stand, erklärten die Nazis, der Antrag sei „gegenstandslos“ und werde zurückgezogen. Damit warfen die Nazis ihren stärksten Agitationsschlag über Bord und bewiesen, weil ja die neue Reichsregierung die Notverordnungs politik in verschärftester Maße fortführen will, daß sie gegen das Baronie- und Junkerkabinet nicht maulen dürfen.

Hitler schweigt über die Geldquellen der NSDAP. In einem Münchener Prozeß sollte Hitler als Zeuge darüber vernommen werden, woher die Gelder der Nazis stammen. Anstatt dem Gericht Auskunft zu geben, bekam Hitler einen Tobsuchtsanfall und verweigerte die Aussage. Daraufhin wurde er mit 1000 Mark bestraft.

Arbeitslosigkeit in USA. Nach Schätzungen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes hat USA. gegenwärtig 10,5 Millionen Arbeitslose. In England wurden 2 741 306 Arbeitslose am 23. Mai gezählt.

Umsturz in Chile. In Chile ist die bisherige Regierung Montero gestürzt worden. Nunmehr ist eine neue Regierung unter Davila gebildet, der eine sozialistische Republik gründete. In seiner Regierungserklärung bekennt er sich ausdrücklich zur Einführung des Staatssozialismus.

Gesicht des Herrenklubs!

Geldsackpolitiker gegen das Volk.

Das Reichskabinet v. Papen hat mit zynischer Offenheit in der Regierungserklärung vom 4. Juni ausgesprochen, daß es ein Programm seiner kapitalistischen Auftraggeber zu verwirklichen gedenke, wonach die Arbeiterschaft nur noch das Recht hat, würdevoll zugrunde zu gehen. Mit Brutalität, Skrupellosigkeit und unbarmherzigem Schneid wollen die Adligen gegen die Arbeiterschaft regieren als „nationale Konzentration“. Hinter dieser hochklingenden Phrase verbürgt sich die reaktionäre Konzentration der Ritter von Ar und Halm und der Industriekönige.

Im Regierungsprogramm wird von „Staatssozialismus“, vom Staate selbst als „Wohlfahrtsanstalt“ und vom bisherigen „gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf“ gesprochen, der Devise aller Reaktionäre. Diese Worte, dem Sprachschatz wildgewordener Spießer und Reaktionäre entnommen, deuten daraufhin, daß künftighin mit rücksichtsloser Brutalität regiert werden soll. Es wird von „Staatssozialismus“ gesprochen und damit die Rechte der Arbeiterschaft, die dank der neuen Staatsform politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung erhielt, gemeint. Das Unternehmertum hat freilich seinen eigenen „Staatssozialismus“, profitierte von ihm durch Subventionen überreichlich und blieb dem Staat die Steuern schuldig. Der Staat war es doch, der die Wirtschaft durch die kapitalistische Unfähigkeit vor dem Zusammenbrechen bewahrte. Davon haben die Adelligen keine Ahnung! Erst vor einigen Tagen erklärte Direktor Wittke vom Verband Sächsischer Industrieller folgendes:

„Die Götterdämmerung, die eine wohlthätige Folge dieser furchtbaren Krise ist, hat allenthalben Unternehmern gestatten bloßgestellt, die Gott danken können, daß sie sich nur vor den ordentlichen Gerichten und nicht vor einem Standesgericht ihrer Berufsgenossen zu verantworten haben.“

Für Dummheit kann keiner, auch kein Generaldirektor, aber für den bodenlosen Leichtsinn, die Großmannssucht und die skrupellose Gier muß der büßen, der die mit unermüdeten Fleiße aufgebauten Unternehmen, die Arbeitsstätten Tausender vernichtete (! D. Red.), weil er mit der Waghalsigkeit des Spielers, mit der Unbedenklichkeit des Dilettanten über Treu und Glauben und über gute Grundsätze eines redlichen Kaufmanns und Wirtschaftlers hinwegging.“

Das Unternehmertum macht aber den „Staatssozialismus“ für den Wirtschaftszusammenbruch verantwortlich. Ein famoser Unternehmerdreh, die eigene Unfähigkeit zu bemänteln und zu verdecken! Unerhört aber ist es, vom Staat als „Wohlfahrtsanstalt“ zu sprechen in einer Zeit des Massenelendes. Der Arbeitslose, der dank seiner kärglichen Unterstützung vor Hunger nicht in den Schlaf kommen kann, hat nur noch die eine Chance, die ihm niemand nehmen kann, durch Selbstmord das Zeitliche zu segnen. Mord, Raub und Diebstahl und andere Verbrechen sind nur in unserer gesegneten Gesellschaftsordnung möglich, weil die Lebensverhältnisse der arbeitenden Klasse hunds jämmerliche sind. Ist es nicht furchtbar, unmenschlich, daß die aus dem Produktionsprozeß ausgeschiedene Frau in Legionen auf die Straße gehen muß, wenn sie nicht im Rinnstein verkommen oder Zeuge des Hungertodes ihrer Kinder und Angehörigen sein will? Diese Zustände nennt eine an die Regierung gekommene Herrenschicht „Wohlfahrtsanstalt Staat“!

Dem Arbeiter steigt angesichts dieser Ungeheuerlichkeit die Schamröte ins Gesicht und mit verbissenem Groll verflucht er diese Gesellschaft! Ihr ist aber die Arbeiterschaft noch nicht verelendet genug. Dort, wo noch spärliche Reste, man möchte Ruinen sagen, ehemaliger sozialer Bestimmungen vorhanden sind, sollen sie durch Regierungsdokumente beseitigt werden. Tariflöhne sollen der Vergangenheit angehören, Schand- und Hungerlöhne sollen an ihre Stelle treten, die Beschränkungen in der Arbeitszeit sollen aufgehoben werden, uneingeschränkte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft soll Platz greifen. Der Arbeiter, durch seine Arbeit zermüht, soll keinen Urlaub mehr erhalten, weil er Privileg der besitzenden Klasse ist, er soll wieder Paria der menschlichen Gesellschaft werden! Das ist der Wille der herrschenden Klasse, das ist das Programm des Kabinetts von Papen!

Noch nie grinste die Fratze des Kapitalismus wohlgefälliger als gegenwärtig, dem Anbruch seiner neuen Zeit. Die Arbeiterschaft aber hat in den nächsten Tagen und Wochen einen Kampf um Leben und Tod zu führen. Es gilt alles zu verteidigen, mehr als uns augenblicklich zum Bewußtsein kommt! Holt deshalb den letzten Mann heran, ruft die Geister in diesem gigantischen Kampf wach und seit bereit, mit der arbeitenden Klasse, gemeinsam mit den Gewerkschaften um die elementarsten Menschenrechte zu kämpfen!

Weltwirtschaftskrise —

Weltkatastrophe

Stellungnahme des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes.

Nicht nur Deutschland, Europa, Amerika, sondern die gesamte Welt wird, wie hinlänglich bekannt ist, von der furchtbarsten aller Wirtschaftskrisen heimgesucht. Ueberall macht sich Produktionseinschränkung, Lähmung des Handels und Niedergang des wirt-

schaftlichen und kulturellen Lebens bemerkbar. Engstirnige Stammtischphilister und politische Dilettanten vermögen bis heute noch immer nicht zu begreifen, daß die Wirtschaftskrise nicht nur eine innerdeutsche, sondern eine internationale Angelegenheit ist. Die Frage ist auch mit der Erklärung nicht abgetan, „was gehen uns die Verhältnisse anderer Länder an, bleiben wir in Deutschland!“, vielmehr muß man sich darüber klar sein, daß eine Lösung der weltwirtschaftlichen Krisenfrage nur auf internationaler Grundlage geschaffen werden kann. Nunmehr nimmt das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes zur Weltwirtschaftskrise Stellung, betont ihre verheerende internationale Auswirkung und unterstreicht die Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes, daß heute bereits 20 bis 25 Millionen Menschen arbeitslos seien. Erschreckend ist der Rückgang des Wertumfanges des internationalen Handels, der heute kaum mehr die Hälfte desjenigen vom ersten Quartal 1929 beträgt. Weiter wird festgestellt, daß es keinen Staat und keine Regierung gäbe, die in der Lage sei, seine Volkswirtschaft vor dem Erfassen durch die Krise bewahren zu können. Dort, wo einzelstaatliche Anstrengungen gegen die Krise unternommen werden, steigert sich die Krise selbst um ein Vielfaches. Alle Einzelanstrengungen, Pläne zur vermeintlichen Hebung der Krise zeitigten einen sehr fragwürdigen Heilungswert und ihre Totalauswirkungen seien um so fragwürdiger. Kein Staat ist in der Lage, eine Wendung zum Besseren aus eigenen Mitteln herbeizuführen! Der Bericht verdient, folgende Stelle wörtlich wiederzugeben:

„In Wahrheit ist kein einziges Land mehr in der Lage, aus eigenen Kräften die Entwicklung der Wirtschaft zu seinen Gunsten zu wenden. Nur eine gemeinsame Aktion können wir mit aller Dringlichkeit herbeiwünschen, nur sie kann dem internationalen Handel Neubelebung bringen, unter der Bedingung, daß eine dauerhafte Finanz- und Währungsanierung herbeigeführt werden kann.“

Dieser Bericht hat den Charakter eines Alarmrufes an die Regierungen der Welt. Er bestätigt die schon seit Jahren vertretene Auffassung der Gewerkschaften, daß die Krise nicht nur eine Angelegenheit der gesamten Welt ist, sondern nur durch internationale Verständigung beseitigt werden kann. Der Bericht, von neutraler Stelle verfaßt, straft aber auch das ewige, geistlose Geschwätz der Nazis und sonstigen deutschen „Patrioten“ Lügen, wenn sie die Ursache der Wirtschaftskrise auf das „System“, den „Staatssozialismus“ und den „Wohlfahrtsstaat“ schieben möchten. In anderen Ländern der Welt vollzieht sich die Wirtschaftskrise unter hochkapitalistischen Staatsformen und nagt genau so am Bestand der Wirtschaft wie bei uns. Dort kennt der Sprachschatz aber nicht die gleichen Phrasen wie bei uns, vielmehr wird dort der Krise mit realen Tatsachen begegnet. Die Gewerkschaften halten unentwegt an der Ueberzeugung fest, daß die Krise eine Angelegenheit der gesamten Welt ist und nur durch tatvolle internationale Zusammenarbeit überwunden werden kann!

Brauereitarif in Berlin perfekt

Erfolgreiche Abwehr der Unternehmerforderungen.

Mehr als 50 Positionen des bestehenden Tarifvertrages wollten die Berliner Brauereigewaltigen geändert haben. Natürlich zu ihren Gunsten. Das, was wirklich geändert wurde, ist nur ein verschwindend geringer Teil ihrer ehemaligen Wünsche. Den ersten Rückzug haben sie bereits kurz nach dem Bekanntwerden der von den Brauereiarbeitern ausgesprochenen einmütigen Ablehnung der Abänderungswünsche angetreten. Sie hielten in erneuten Forderungen nur noch die nach ihrer Meinung wichtigsten Forderungen aufrecht. Sie haben auch von diesen nur einen Teil erreichen können und dies nur unter dem Druck der gegenwärtigen Verhältnisse, die die Brauereien für sich so meisterhaft auszunutzen verstehen.

Sie haben nicht erreicht, daß die 48-Stunden-Woche generell wieder eingeführt wurde. Mit einigen unwesentlichen Abänderungen bleibt die 40-Stunden-Woche wie bisher bestehen. Auch Stundenlöhne werden nicht eingeführt, es bleibt vielmehr bei Wochenlöhnen und auch bei der bis jetzt üblichen Bezahlung der Wochenfeiertage. Die Zuschläge für Ueberstunden, Nacht- und Feiertagsarbeit werden ebenfalls wie bisher beibehalten, nur mit dem Unterschied, daß für Ueberarbeit an Werktagen, die bisher wie Feiertagsarbeit vergütet wurde, nur 20 statt 25 Proz. Zuschlag gewährt werden. Bei der alten Regelung bleibt es auch hinsichtlich der Kautions, die von den Bierfahrern gestellt werden muß. Die Brauereien verlangten bekanntlich, daß in Zukunft auch die Mitfahrer Kautions zu stellen haben. Auch die Gewährung von Freibier bleibt nach der alten Fassung bestehen.

Abgeändert wurden nur Urlaub, die Auslegung des Paragraphen 616 BGB. und die bisherige Regelung der Ueberstundenvergütung für das Fahrpersonal. Die Urlaubstage werden von 1933 an, so-

lange die Fünftagewoche besteht, um 1 bis 3 Tage gekürzt. Die weitergehende Verschlechterung, daß Urlaub erst nach einem Jahr, statt wie bisher nach einem halben Jahr gewährt wird, konnte abgewehrt werden.

In Wegfall kommt auch die bisherige Bestimmung, daß bei Winterurlaub 1 bis 3 Tage mehr gewährt werden. Hinsichtlich der Auslegung des § 616 tritt eine geringe Verschlechterung bei den Beihilfen, die in Krankheitsfällen gezahlt werden, ein. Ueberstunden des Tourenfahrpersonals werden nur noch bei außergewöhnlichen Zwischenfällen bezahlt. Dafür wird das Zehrgeld wesentlich erhöht.

Die Fertigstellung des Tarifvertrages hat viel Arbeit gekostet. In zahlreichen Verhandlungen

betrug, er stieg nach vier Jahrzehnten im Jahre 1880 auf etwa 0,06 Kilo und betrug im Jahre 1929 etwa 1,2 Kilo bei einem Verbrauch von 76 700 Tonnen Kakaobohnen.

Früher wurde die Herstellung größtenteils in primitiven Handwerksbetrieben vorgenommen, die auch reichlich den Bedarf decken konnten. Durch die stärkere Nachfrage nach diesen Produkten verschaffte sich die Fabrikanlage Raum und sie mußte zu maschinellen Hilfsmitteln greifen. Heute wird der Markt ausschließlich von den Großbetrieben beherrscht. Dennoch weist die Betriebszählung von 1925 eine große Zahl von Zwergebetrieben auf. Mit einer Beschäftigtenzahl bis zu fünf Personen wurden damals noch 1514 oder 54,7 Proz. aller Betriebe ermittelt. Der Mittelbetrieb war mit 981 Betrieben vertreten bei Betriebsbelegschaften von 6 bis 50 Personen, Großbetriebe mit 51 und mehr Beschäftigten waren 270 vorhanden.

Anders gestaltet sich aber das Bild, wenn in diesen drei Klassen die Beschäftigten gegenübergestellt werden. Von den 74 775 Personen in der Süßwarenindustrie sind in den Kleinbetrieben nur 3557 Personen oder 4,8 Proz. beschäftigt.

Trotzdem die Schokoladen- und Süßwarenindustrie mit zu den jüngsten Berufszweigen in der Nahrungsmittelindustrie zählt, konnte sich der Großbetrieb und Mittelbetrieb fast vollständig des Warenabsatzes bemächtigen. Die gegenteilige Erscheinung wie in den berufsverwandten Handwerkergruppen der Bäckerei und Konditorei. Diese Tatsache blieb auf die Beschäftigten nicht ohne Einfluß. Je mehr die Maschine in die Dienste der Warenherstellung genommen wurde, um so stärker verringerten sich die gelernten Arbeitskräfte. In der Schokoladen- und Süßwarenindustrie tritt dieser Vorgang augenfällig in Erscheinung. Hier ist der Gelernte im Verhältnis zur Gesamtbelegschaft sehr schwach vertreten; das Arbeitsfeld wird fast vollständig von den Ungelernten beherrscht, wobei wiederum die weibliche Arbeitskraft überwiegt. Die Lehrlingshaltung ist stark eingeschränkt und steht in keinem Verhältnis zu den oben bezeichneten Handwerkergruppen. Der frühere Bedarf an Gelernten wurde durch die Maschine ersetzt.

Dieser Vorgang kann in allen unseren Industriegruppen, in denen die Technik die manuelle Arbeitskraft ersetzt, wahrgenommen werden. Der technische Fortschritt hat leider zur Verdrängung des gelernten Elements geführt, eine Erscheinung, die zum Schaden der Qualitätswarenherstellung aus finanziellen Gründen vom Unternehmertum noch stark gefördert wird. Um so notwendiger ist es aber, den Solidaritätsgedanken in den Reihen der Ungelernten wachzurufen und sie durch die gewerkschaftliche Organisation vor dem Tiefergleiten in ihrer Lebenshaltung zu schützen. Erreicht kann das werden, wie unsere tariflichen Vereinbarungen in der Schokoladen- und Süßwarenindustrie zeigen, durch die Geschlossenheit der Betriebsbelegschaften und ihrer Zugehörigkeit zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation.

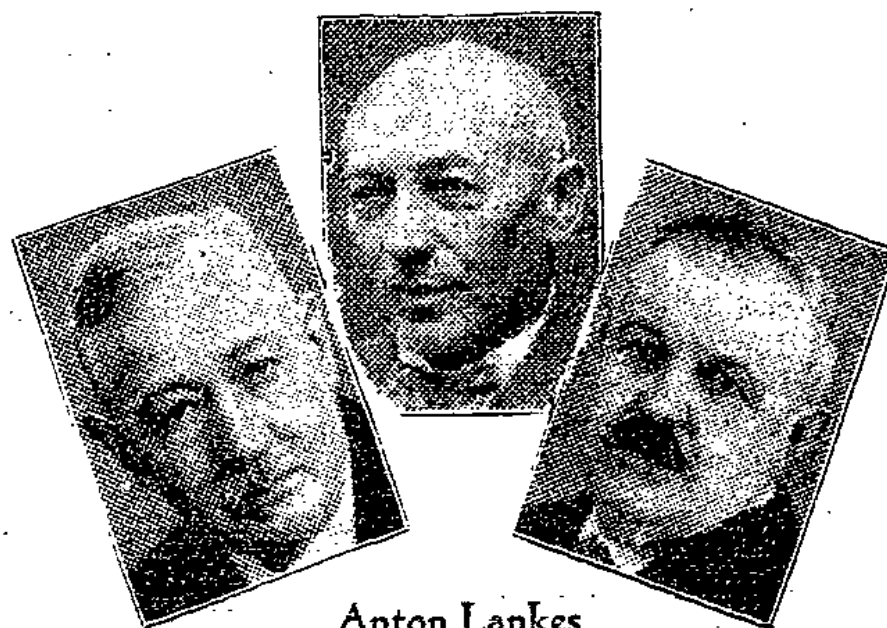
40 Jahre Treue zum Verband



Max Köhler
Schmied, Dresden
Eingetreten 30. 10. 1891

Ludwig Pfeffel
Brauereiarbeiter, München
Eingetreten 11. 11. 1884

Johannes Voß
Bäcker, Kiel
Eingetreten 24. 1. 1892



Anton Lankes
Verbandsangestellter, Berlin
Eingetreten 12. 2. 1890

Franz Schröder
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 10. 1. 1886

Adolf Fickweiler
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 10. 1. 1886

wurden die Unternehmerforderungen abgewehrt. Es war dies nur möglich, weil die Brauereiarbeiter geschlossen hinter ihren Vertretern standen und bereit waren, weitergehende Verschlechterungen durch Kampf abzuwehren. Die Unorganisierten sollten daraus die Konsequenzen ziehen und nicht mehr abseits stehen, sondern sich einreihen in die Front der Organisierten. Wenn die Brauereiarbeiter ohne Organisation gewesen wären, dann hätten sie alle Verschlechterungen schlucken müssen.

Elektrische Kraft in der Schokoladenindustrie

Wie in allen Industriegruppen, so hat sich auch in der Schokoladenindustrie in den Nachkriegsjahren eine sich fast überstürzende technische Umwälzung vollzogen. Die Kakaoverarbeitung und Schokoladenherstellung erfolgt nun, besonders in den Großbetrieben, bei vollständig technischen Neuerungen. Die in den Hochkonjunkturjahren entstandenen modernen Fabrikanlagen und sonstige Erweiterungsbauten der Betriebe brachten einen neuen Maschinenpark mit sich. An die Stelle der Dampfkraft trat hier die Elektrizität.

Ueber die Auswirkung dieser betrieblichen Umstellung gibt ein von der AEG. herausgegebenes Heft, „Die Elektrizität in der Schokoladenindustrie“, ein sehr anschauliches Bild. Wir erfahren daraus über die Entwicklung der Schokoladenindustrie, daß im Jahre 1841 der Jahresverbrauch von Kakaobohnen pro Kopf der Bevölkerung nur 0,01 Kilo

Max Kastner

Am 29. Mai verschied plötzlich infolge eines Schlaganfalls unser langjähriger Verbandsangestellter der Ortsgruppe Berlin, Max Kastner. Niemand hatte erwartet, daß unser Freund so rasch aus unserer Mitte gerissen wird. In der großen Protestversammlung der Getränke- und Mühlenarbeiter am 29. Mai nahm der Verstorbene noch regen Anteil. Auf dem Nachhausewege trat bereits der erste Verfall ein und wenige Stunden nachher schloß unser Freund für immer die Augen. Der Verstorbene wurde am 1. Dezember 1906 zum Kassierer der Ortsgruppe der Brauer in Berlin gewählt. Anlässlich seines fünf- und zwanzigjährigen Dienstjubiläums als Verbandsangestellter konnten wir ihm unsere Glückwünsche darbringen für die überaus große Pflichttreue, die er als Angestellter gegenüber der Organisation geleistet hat. Unsere Berliner Organisation verliert in dem Verstorbenen einen stets eifrigen und pflichtbewußten Mitarbeiter, der unermüdet in allen Zeiten der Organisation zu ihrem Aufstieg mitgeholfen hat.

Einer der Alten ist wiederum von uns für immer geschieden; hervorgegangen aus den damaligen tieftraurigen wirtschaftlichen Zuständen in den Brauereien, hat er sich frühzeitig zu der Erkenntnis durchgerungen, daß nur durch Einigkeit eine Aenderung der schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt werden kann. Eingedenk dieser Wahrheit, hat der Verstorbene stets seine ganze Person in den Dienst der Organisation eingesetzt. Durch seinen großen Pflichteifer trug er sein Bestes zur Machterweiterung unserer Organisation bei. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten und die Jugend wird bestimmt bestrebt sein, diesem pflichtgetreuen Kollegen nachzueifern.

Der moderne Staat braucht Sozialpolitik

Die „Gesellschaft für Soziale Reform“ hielt am 7. Juni in Berlin eine erweiterte Sitzung des Ausschusses ab. Die Tagesordnung wurde mit dem einzigen Punkt: „Um den Lebensraum der deutschen Jugend“, ausgefüllt. Einleitend gab der Vorsitzende von Nostitz an die Adresse der adligen Regierung folgende Erklärung ab:

„Der moderne Staat ist ein Staat der Sozialpolitik. Er kann nicht ohne sie bestehen. Wenn sich die Erklärung der neuen Regierung in Wendungen ergeht, die sich als grundsätzliche Abkehr von aller Sozialpolitik deuten lassen, so antworten wir darauf: eine solche Abkehr ist unmöglich. Es ist zu wünschen, daß der neue Reichsarbeitsminister Dr. Schaeffer den furchtbaren Ernst der Lage und die ungeheure Aufgabe der Sozialpolitik zu würdigen weiß.“

Die Ausführungen der Referenten klangen in die einheitliche vordringliche Forderung aus, daß der Jugend in allererster Linie vor dem wirtschaftlichen und moralischen Verfall geholfen werden müsse. Es wurden die Mittel aufgezeigt, die die Gefahren der jugendlichen Arbeitslosigkeit beschwören können. Vom Regierungsrat a. D. Maßmann wurde über das Siedlungswesen gesprochen, der Erschließung des ostdeutschen Raumes zur Verdichtung der landwirtschaftlichen Bevölkerung und letzten Endes die Ausbildung des Siedlers zum Bauern; junge Menschen sollten mit dem Lande verbunden werden. Der Präsident des Landesarbeitsamtes Nordmark in Hamburg, Dr. Link, sprach für den Aufbau des Fortbildungsschulunterrichts für die jüngeren Gruppen der Schulentlassenen und die berufliche Fortbildung und freiwilligen Arbeitsdienst für die älteren Gruppen. Prof. Friedrich von der Technischen Hochschule in Karlsruhe behandelte die Aufgaben des Führers in der Gegenwart und ein Vertreter des Studentenwerkes forderte Arbeitsbeschaffung für die Akademiker, was nach seiner Meinung erreicht werden könnte, wenn das pensionsberechtigte Alter auf 60 Jahre herabgesetzt wird.

Wir vermessen leider, daß kein Wort über den bestehenden Jugendschutz gesprochen wurde. Warum sucht man neue Pläne zu propagieren, wenn bei der bestehenden Gesetzgebung und ihrer korrekten Durchführung bestimmt viele tausende jugendlicher in Arbeit gebracht werden könnten. Sehen wir uns doch die Vorgänge ganz besonders in den Handwerksbetrieben an, wo die Nichteinhaltung des 8-Stunden-Tages und sonstiger Jugendschutzbestimmungen die übelsten Blüten zeitigten. Viele tausende jugendlicher könnten, wenn die gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit eingehalten würden, in Arbeit gebracht werden.

Es wäre in der Tagung der „Gesellschaft für Soziale Reform“ der richtige Platz gewesen, auf diesen Zustand besonders hinzuweisen und mit aller Schärfe die Einhaltung der gesetzlichen Jugendschutzbestimmungen zu fordern. Warum geht man um diese Tatsache herum und bewegt sich auf Gebieten, die infolge des chronischen Kapitalmangels schwer durchführbar sind. Wer die Jugend mit Erfolg vor dem moralischen und physischen Untergang schützen will, der muß dort einsetzen, wo die meisten Erfolgsmöglichkeiten gegeben werden.

Immerhin waren die Ausführungen der Tagung für alle Anwesenden sehr interessant. Von dem Vertreter des ADGB., Kollegen Maschke, wurde die Einstellung der freien Gewerkschaften wiedergegeben und die Bemühungen der Gewerkschaften zum Schutze der arbeitslosen Jugend recht deutlich aufgezeichnet.

Tarifabschluss in den Bremer Brauereien

Nach längeren Verhandlungen gelang es, einen neuen Tarifvertrag mit einer Geltungsdauer bis zum 31. März 1933 abzuschließen. Die Unternehmer verlangten Einführung von Stundenlöhnen, Verschlechterung des Urlaubs, ganze oder teilweise Beseitigung der Vergünstigungen nach § 616 BGB. und noch eine Reihe anderer Verschlechterungen. In zähen Verhandlungen ist es den Organisationsvertretern gelungen, daß fast alle Verschlechterungsanträge abgewehrt wurden. Die Wochenlöhne bleiben, ebenso der Urlaub bis zu 12 Tagen, weiter der Zuschuß in Krankheitsfällen u. a. m. Es ist nur zu hoffen, daß der neue Tarifabschluß auch dem letzten Brauereiarbeiter zeigt, daß gerade in der Zeit wirtschaftlichen Niederganges die Organisation am notwendigsten ist, denn diese Zeit gibt den Unternehmern die besten Möglichkeiten, Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen.

Aussperrung in Oldenburg beendet

Die Aussperrung der Böttcher in der Faßfabrik Klockgeter in Oldenburg, über die wir in der vorigen Nummer der „Einigkeit“ berichteten, ist am 8. Juni beendet worden. Die Firma Klockgeter wollte ihre Arbeiter zwingen, für einen um 4,5 Pfennig pro Buttertonne niedrigeren Akkordpreis zu arbeiten. Diesen Abbau haben die Arbeiter nicht hingenommen und sind deshalb ausgesperrt worden. Durch mehrmalige Verhandlungen wurde erreicht, daß der Akkordlohn nur um 3 Pfennig herabgesetzt, daß der geforderte Akkordpreis für Heringstonnen bewilligt und daß die ausgesprochene Kündigung des Manteltarifvertrages zurückgenommen und dieser bis zum 31. Dezember d. J. verlängert wurde.

Die Absichten der Firma, die sie mit dem schärfsten Mittel, der Aussperrung, durchzusetzen versuchte, sind damit durchkreuzt worden. Es ist dies ein Erfolg, auch wenn es nicht gelungen ist, den

Akkordlohn auf seiner bisherigen Höhe zu halten. Dieser Erfolg konnte nur erzielt werden durch die Einmütigkeit und Geschlossenheit der Kollegen, die sämtlich in unserem Verband organisiert sind. Ihre Aufmerksamkeit ist es auch gelungen, Streikbrücher, die von einer anderen Faßfabrik zur Verfügung gestellt wurden, von der Aufnahme der Arbeit abgestellt wurden, von der Aufnahme der Arbeit abgehalten. Diese Abwehrbereitschaft dieser Kollegen zuhalten. Diese Abwehrbereitschaft dieser Kollegen in einem verhältnismäßig kleinen Betrieb sollte für alle anderen Beschäftigten Ansporn sein. Notwendig ist es allerdings, daß alle Arbeiter eines Betriebes der Organisation zugeführt werden, denn jeder Kampf hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn er von einer geschlossenen Front aufgenommen wird.

Abgewehrter Lohnabbau

Am 11. Mai wurde vom Arbeitgeberverband des Brauereigewerbes im Saargebiet das Kurzarbeitszeitabkommen und der Lohn tarif gekündigt. Die Brauereien forderten, daß in Zukunft für sechs Arbeitstage in der Woche der gleiche Lohn zur Auszahlung kommt, wie er seit dem 12. Oktober 1931 für Kurzarbeit (Fünftageweche) vereinbart war. Verlangt wurde mit Umschreibung ein Lohnabbau von 15 Proz. Dies geschah selbstverständlich nur aus Liebe zum Vaterland, denn nachdem im Reich auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ein Lohnabbau in Höhe bis zu 15 Proz. erfolgte, wollte man im Saargebiet nicht zurückstehen.

Zu dieser Forderung der Brauereien des Saargebietes nahm eine am 22. Mai d. J. in Saarbrücken tagende Konferenz der Brauereiarbeiter Stellung. Von den Rednern wurde hervorgehoben, daß der Geschäftsgang der Brauereien im Saargebiet immer noch recht gut und daß der Absatz gegenüber dem Vorjahre, wo noch voll gearbeitet wurde, nur ganz unwesentlich geringer sei. Dazu komme, daß in den verschiedenen Brauereien inzwischen eine bedeutende Belegschaftsverminderung eingetreten ist, was neben der Lohneinsparung durch Kurzarbeit eine weitere Lohneinsparung zur Folge hatte. Ferner wurde nachgewiesen, daß im Saargebiet seit 1925 keine Bierpreisermäßigung eingetreten sei, obwohl inzwischen die Rohstoffpreise (Gerste, Malz und Hopfen) sich wesentlich vermindert haben.

Ausdrücklich wurde erklärt, daß es nicht angehe, daß eine Industrie ohne wirtschaftliche Not, nur weil Lohnabbau Mode ist, ihren Arbeitern den Lohn kürzt, um für sich noch höhere Gewinne zu erzielen, als es bisher schon der Fall war.

Die Konferenz lehnte deshalb jeden Lohnabbau ab. Die Verhandlungskommission wurde beauftragt, in vorstehender Sinne bei der Verhandlung mit den Brauereien, den Meinungs willen der Brauereiarbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen.

In der am 22. Mai mit den Brauereien des Saargebietes stattgefundenen Verhandlung haben die Brauereien die Lohnabbauforderung zurückgezogen und das Kurzarbeitszeitabkommen mit geringen Änderungen erneuert.

Kollegen des Saargebietes! Zieht aus dem Verlauf dieser Bewegung die erforderliche Nutzenanwendung, erkennt, daß dieser Erfolg nur dem Einfluß

Deutschland erwacht

Ein Bericht über das „Dritte Reich“.
Von Michel Schlagzu.

III.

Zwangsarbeit.

In der Vorstadt ließ der Führer das Auto anhalten. „Sie sehen, es wird hier überall gebuddelt und gebaut. Wir bauen Wohnungen und Kasernen für unsere SA. Ja, ich weiß, ich weiß, das haben Sie auch im roten Wien. Aber in Wien haben Sie doch nur dadurch bauen können, daß Sie die reichen Leute besteuert haben. Im Dritten Reich brauchen die reichen Leute dafür keine Steuern zu zahlen, bei uns geht alles mit Arbeitsdienstplicht; das kostet so gut wie nichts, nur Feldküchenessen und Massenquartier. Billiger geht's nicht.“ Sie stiegen aus und balancierten auf Brettern über einen Graben, durch den Leitungsrohre gelegt wurden. Joseph war mißtrauisch: „Ich möchte mit einem der Dienstpflchtigen sprechen.“

Der SAF. winkte einen jungen Menschen heran. „Bitte, fragen Sie ganz nach Belieben. Ich bleibe natürlich dabei.“ „Ja, dann hat die ganze Fragerei doch keinen Sinn!“ „Wie Sie meinen, aber wir machen es damit nur genau so wie die Russen mit den Arbeiterdelegationen. Ohne Aufsicht dürfen Sie mit niemandem sprechen.“

Joseph wandte sich an den jungen Arbeiter: „Du trägst da einen blau-weiß gestreiften Drillhanszug. Solchen Anzug tragen bei uns die Zuchthausler. Fühlst du dich denn darin wohl?“ Der Befragte schlug die Hacken zusammen: „Zu Befehl! Unsere Kleidung ist unsere Arbeitskleidung und Symbol des Dritten Reiches.“ „Kommst du denn mit deinem Lohn aus?“ „Ich erhalte keinen Lohn. Ich erhalte 500 000 Mk. täglich, für die ich zehn Stunden arbeiten muß. 400 000 Mk. werden mir für Verpflegung abgezogen, 100 000 Mk. für die Unterkunft.“

Joseph bot ihm eine Zigarette an. „Ich danke, aber ich darf nichts annehmen.“ „Aber du wirst doch sonst kaum zu einer Zigarette kommen.“ „Doch, die nationalsozialistische Frauenschaft hat uns Brombeerblätterzigaretten gestiftet.“ „Schmecken denn die?“ „Zu Befehl. Sie sind Ausländer und wissen es noch nicht: im Dritten Reich geht es nicht nach dem Geschmack von Proleten. Und außerdem tragen wir im Dienst braune Hosen.“ Nun hatte der SAF. genug, er brüllte los: „Mann, ich mache Sie zu Hackfleisch! Truppführer, lassen Sie diesem Halunken 50 überziehen! Und dann sperren Sie ihn drei Tage ein!“ Der Delinquent wurde abgeführt. „Haben Sie die Prügelstrafe wieder eingeführt?“ „Aber selbstverständlich! Der kann noch von Glück sagen, daß er so gimpflich fortgekommen ist, der Lümmel!“ „Aber bedenken Sie doch, ich habe ihn durch meine Fragen provoziert. Das wäre schon ein Grund zur Begnadigung.“ „Begnadigt wird bei uns prinzipiell nicht. Im übrigen erwartet uns Herr Düssen, wir müssen uns beeilen, hinzukommen.“

Herr Düssen gibt Auskunft.

Herr Düssen erwartete sie.

„Na, Säfchen, erzählen Sie mal, was haben Sie denn heute morgen alles Schönes gesehen? Die Buddelfritzen? Na ja, das tut dem jungen Volk mal wieder gut, richtig zu arbeiten. Haben lange genug gefanzenzt. Sehen Sie, meine Herren, es ist ein Glück, daß mit dem „System“ Schluß gemacht ist. Das System in der Republik war richtig dazu angetan, die Leute zu verderben. Wenn einer krank wurde, dann ist er zum Arzt gegangen, hat Krankengeld bekommen und wurde vielleicht noch im Krankenhaus durchgefüttert. Die Leute wurden alle Tage krank. Sehen Sie, mit diesem System haben wir Schluß gemacht.“ Herr Düssen warf sich in den Sessel, daß es krachte. „Mein Freund Adolf hat erst gemeint, er könne doch die Sozialversicherung nicht abschaffen, denn seine Partei wäre schließlich

eine „sozialistische“ und eine „Arbeiterpartei“. Aber Adolf, hab ich ihm gesagt, Adolf, die Arbeiter haben bei uns Nazis sowieso nichts zu sagen, weshalb dann immer noch Theater spielen! Ich war dabei, als am 8. November 1931 unser jetziger Reichsarbeitsminister, Pg. Wagener, ausdrücklich erklärt hat: „Wir Nationalsozialisten sind grundsätzliche Gegner des heutigen Systems der Sozialversicherung.“ Und, Adolf, ganz richtig hat er am 4. Juli 1930 in München schon gesagt, daß die Sozialversicherung eine räuberische Erpressung an den Besitzenden ist, und du warst ganz damit einverstanden. Da hat mein Freund Adolf gemeint . . .“

Der SAF. flüsterte Herrn Düssen etwas ins Ohr, aber der wehrte ab: „Sie haben hier überhaupt nichts zu sagen. Wir Unternehmer, die wir der Partei das Geld geben, wir können tun und lassen, was wir wollen . . .“

Toni unterbrach verbindlich: „Sie wollten wohl weiter erzählen, Herr Düssen.“ „Ach ja, mein Freund Gottfried Piepmatz — so nennen wir unter uns unsern lieben Reichsbankdirektor Gottfried Feder — der hat den Leuten schon am 4. Dezember 1930 im Reichstag gesagt: „Sie haben gar keinen Grund, uns Nationalsozialisten sozialistische Tendenzen unterzuschleichen.“ Darüber waren so ein paar brave Arbeiter sehr erstaunt. Die Ochsen haben tatsächlich geglaubt, daß der Hitler ein Sozialist ist. Ne, meine Herren, für so dumm sollte man uns doch nicht halten! Wir von der Schwerindustrie, wir haben dem Hitler das Geld gegeben, weil er immer feste mit für Lohnabbau war und gegen die Gewerkschaften und gegen Krankengelder und all so 'nem Zimt. Das war doch ein famoser Trick, so eine Sache als sozialistisch aufzuziehen! — SAF., wenn es Ihnen nicht paßt, dann gehen Sie raus und lassen Sie sich 'nen Kognak geben, aber sitzen Sie nicht da, als ob die Welt unterginge. Ich bin zwar ein bißchen lustig, aber hier wird kein Wort zuviel gesagt.“

eurer Organisation und dem Wissen und dem Geschick eurer Vertreter zu verdanken ist. Zur Verteidigung der Arbeiterrechte ist in allen Fällen eine geschlossene Mitgliedschaft notwendig. Jede Zersplitterung muß vermieden werden.

Kollegen! Mit der gelungenen Abwehr des beabsichtigten Lohnabbaus ist unsere Aufgabe nicht beendet. Wir werden auch in Zukunft auf der Hut sein müssen. Und es ist unsere Pflicht, auch darüber zu wachen, daß das, was vereinbart ist, in den Betrieben auch eingehalten wird. Darum sorgt alle Zeit für eine lückenlose organisatorische Zusammenfassung aller Kollegen im Verbands der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

Ein Stück aus dem Tollhaus

Brauereien verlangen Verlängerung der Arbeitszeit.

Der Schutzverband der rheinisch-westfälischen Brauereien hat den Mantel- und Lohntarif gekündigt, um die Zeit zu nützen und Verschlechterungen durchzusetzen. Die Forderungen gehen in Einzelheiten über die gegenwärtig überall erhobenen Wünsche erheblich hinaus. Offenbar ist man bestrebt, einen Tarif zu schaffen, der als Muster dient in einem Deutschland, das nach Hitlers Wünschen von Baronen und Junkern regiert wird. Die unmöglichste und der Zeit direkt zuwiderlaufendste Forderung dürfte wohl die nach Heraufsetzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich sein. Es ist den Brauereien in Rheinland-Westfalen bis heute gelungen zu verhindern, daß die Fünftageweche eingeführt wurde, es wird ihnen aber nicht gelingen, die Arbeitszeit ihren Wünschen entsprechend zu verlängern.

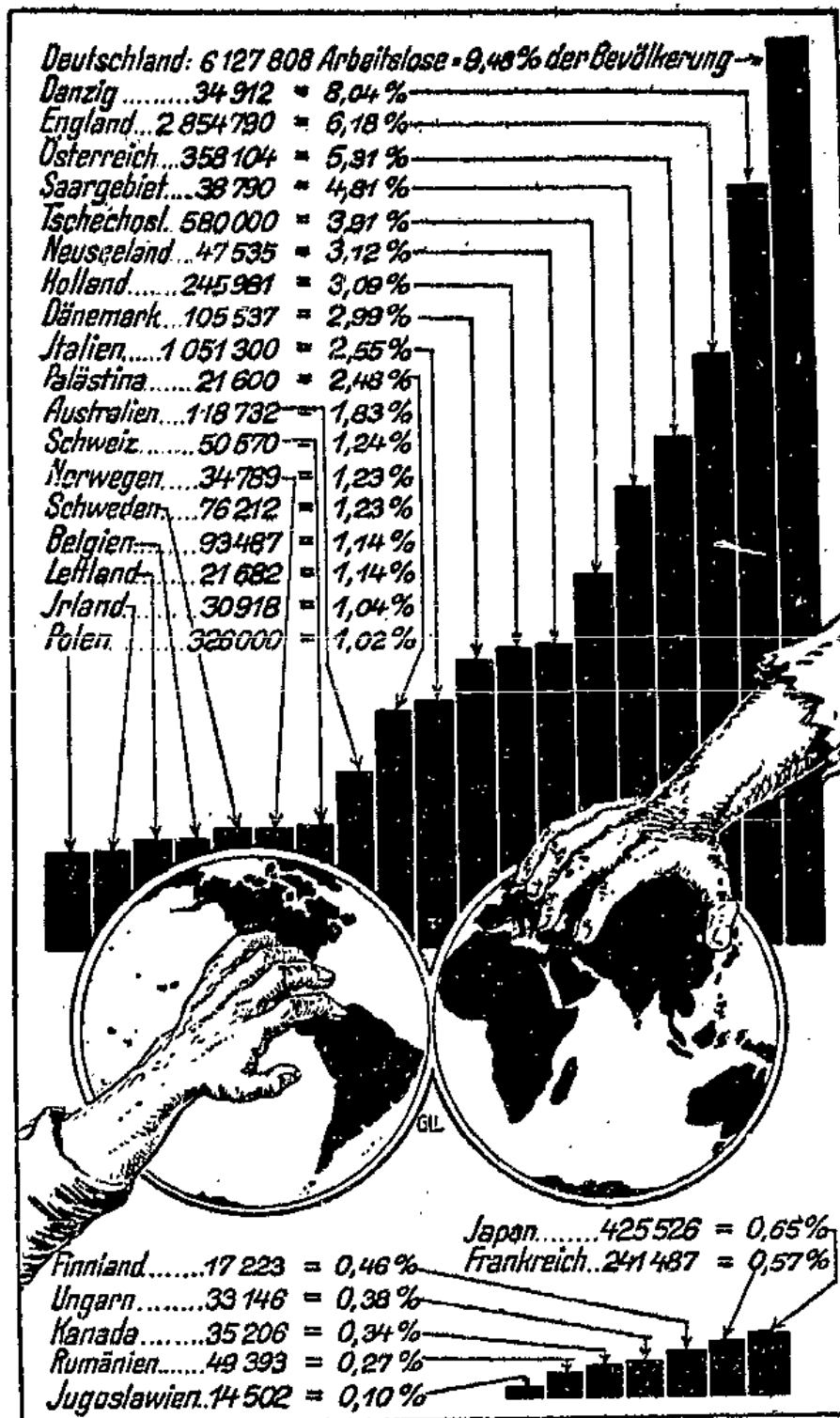
Weiter wird verlangt, daß die Lehrlinge aus dem Vertrag ausgeschaltet, daß Stundenlohn eingeführt und die Löhne um 7 Proz. gekürzt werden. Für Mitfahrer und Hilfsarbeiter soll außerdem noch eine weitere Senkung durch Erweiterung der Lohnspanne von 90 auf 85 Proz. eintreten. Neu eingeführt soll werden, daß Neueingestellte im ersten Beschäftigungsjahr nur 90 Proz. des tariflichen Lohnes erhalten sollen. Für Jugendliche und Frauen soll die Lohnsenkung sogar 10 Proz. betragen. Aufschläge für Schmutzarbeiten und Ueberstunden sollen fallen oder reduziert werden. Urlaub soll um 2 bis 4 Tage gekürzt werden mit der Maßgabe, wenn weniger als 8 Stunden täglich gearbeitet wird, eine weitere Kürzung eintritt. Außerdem soll der Urlaub auf Krankheitstage angerechnet werden, wenn diese drei Wochen übersteigen. Auch die bisher geltende Auslegung des § 616 BGB. soll weitgehend verschlechtert werden.

Die Verschlechterungswünsche der Brauereien in Rheinland-Westfalen sind nicht aus der Not der Zeit heraus geboren. Sie erwecken vielmehr den Eindruck, als ob sie nur deshalb gestellt wurden, weil die politischen Verhältnisse erkennen lassen, daß die Rechte der Arbeiter weitgehend eingeschränkt werden sollen. Es ist also nichts weiter als Spekulation auf den arbeiterfeindlichen Kurs, der von den Nazis so intensiv unterstützt wird. Diese Spekulation wird fehlgehen, denn wenn es Arbeiter in der Brauindustrie geben sollte, die der Hitler-Bewegung sympathisch gegenüberstehen, so werden sie jetzt erkennen, daß Prinzen und Barone ihre Interessen niemals vertreten werden.

„Sie kennen Herrn Hitler persönlich?“ fragte Toni. „Und ob ich den guten Jungen kenne! Den kenn' ich schon sooo lange; vor 10 Jahren schon hat er von mir Geld bekommen. Ach, und wie oft wohnt er bei einem von uns von der Schwerindustrie.“ „Herr Hitler soll doch so einfach leben?“ „Na, was man so einfach nennt. Wenn er in Berlin wohnte, dann hat er im „Kaiserhof“ logiert. Da kostete ein billigstes Zimmer 24 Goldmark pro Tag. Er hat immer zwölf gehabt, die haben die Kleinigkeit von 288 Goldmark gekostet. Da haben die Sozen Zettel geklebt:

SA.-Mann hungert treu und dof,
der Hitler praßt im Kaiserhof.

Gemein, was? Irgendwie muß das Geld doch unter die Leute kommen.“ „Ich erlaube mir einzuwerfen“, unterbrach der SAF., „daß unser OSAF. weder raucht, trinkt, noch verheiratet ist und dazu vegetarisch lebt.“ „Immer mit de Ruhe, Jungchen! Sehen Sie, in meinen vier Wänden, da kann ich so eine tipptoppe Havanna nach der anderen rauchen, aber mein Freund Adolf, dem sie alle auf die Zigarre gucken, der müßte Brennesseln qualmen. Na, das wäre mein Fall ooch nicht. Und das mit dem Schnaps! Braucht der Mann ja gar nicht; wenn der eine Stunde geredet hat, dann ist er von seiner eigenen Rede so durchgedreht, als wenn er ein ganzes Faß Bier ausgefrunken hätte. Und daß er nicht geheiratet hat, das ist ja schließlich begreiflich, dann geht das Interesse bei den Weibern flöten, dann kommen die alten Schachteln nicht mehr in seine Versammlungen. Er hätte ja auch nicht unbedingt zu heiraten brauchen. Aber da ist ja so ein dunkler Punkt. Der Adolf hat uns selbst mal die Urkunde gezeigt, sie hat auch am 31. März 1932 im „Völkischen Beobachter“ gestanden; die haben ihn beim Militär damals gar nicht haben wollen, weil er „zu schwach“ war. Da wird wohl was zurückgeblieben sein. Und vielleicht kann er deshalb



Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung der Länder.

Die Weltwirtschaftskrise wütet fort, und in den am meisten betroffenen Ländern zeigen sich nur geringe Anzeichen von Besserung in der Konjunktur. Die industrielle Warenerzeugung der Welt liegt zwar noch über dem Produktionsumfang der Vorkriegszeit, ist aber gegenüber dem Höchststand vom Juli 1929 um über 30 Proz. gesunken. Besserungstendenzen sind nur möglich, wenn die Nachfrage nach Konsumgütern erheblich gesteigert wird durch eine Wirtschaftspolitik, die zur Stärkung der Kaufkraft der von der Arbeitslosigkeit so stark betroffenen breiten Massen der Völker führt. Ueber den Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung der wichtigsten Länder gibt unsere Bildstatistik nach den letzten amtlichen Feststellungen Aufschluß. Die deutschsprachigen Länder und England stehen an der Spitze dieser Elendstabelle, die allerdings die Vereinigten Staaten nicht enthält. Hier schwanken die Schätzungen der Zahl der Arbeitslosen zwischen 6,4 und 12 Millionen; die amerikanische Arbeitsvereinigung selbst schätzt 8 300 000, die hier vollkommen auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind.

Nun doch Schlachtsteuer in Preussen

Streich der Baronie- und Junkerregierung.

Das Deutsche Reich schuldet dem Staat Preußen den Betrag von 100 Millionen Mark, den es zum Ausgleich seines Etats dringend benötigt. Die bisherige preußische Staatsregierung erhielt vom damaligen Reichsfinanzminister Dietrich die Zusage, daß eine Ausgleichszahlung in Höhe von 100 Millionen Mark gegen Abtretung der preußischen Beteiligung an den Siedlungsfinanzierungsinstituten erfolgen solle. Das jetzige Reichskabinet v. P a p e n erklärte aber, sich an diese Abmachung nicht gebunden zu fühlen, so daß Preußen, um die notwendigen Deckungsmittel für den Etat hereinzubekommen, ab 1. Juli die Schlachtsteuer einführen will. Diese verbraucherfeindliche und konsumdrosselnde Maßnahme ist dem Baronie- und Junkerkabinet v. P a p e n zu verdanken, das sich an die Versprechungen der alten Reichsregierung nicht hält!

Diese Feststellung ist notwendig, weil jetzt bestimmte Kreise der geschäftsführenden Preußenregierung die Schuld in die Schuhe schieben wollen und das Kabinet v. P a p e n für diesen Streich gedeckt werden soll. So ist es vor allem die „Fleischer- (Meister-) Verbands-Zeitung“ Nr. 132 vom 8. Juni, die sich ob ihrer neuen „Entdeckung“, die Schuld trafe das Kabinet Braun und insbesondere die SPD., förmlich überschlägt. Man muß dieses Geschreibsel wörtlich genießen. Sie schreibt: „Aber wir hätten erwartet, daß die Sozialdemokratie, die schon auf Grund ihres Parteiprogramms gegen alle indirekten Abgaben sein muß, eine Steuer verneint hätte, die zweifellos zu einer erheblichen Steigerung der Fleisch- und Wurstpreise führen wird.“ Dem Kabinet Braun wird antisoziales Verhalten vorgeworfen und vom kommenden Nazikabinet erwartet, daß die Schlachtsteuer schnellstens aufgehoben wird. Das nennt die „Fleischer-Verbands-Zeitung“ „einen Lichtblick für die Zukunft“. Ohne daß wir die Politik der SPD. und des bisherigen Preußenkabinetts verteidigen wollen, muß man sich über soviel politischen „Scharfsinn“ der „Fleischer- (Meister-) Verbands-Zeitung“ wundern. Wenn man schon in Politik macht, dann muß man davon zumindest etwas verstehen und bei realen Tatsachen bleiben. Dank der Einsicht des Preußenkabinetts und der Zusage der Regierung Brüning-Dietrich, die 100 Millionen Mark Preußenschulden zu bezahlen, kam die auch von uns bekämpfte Schlachtsteuer in Preußen nicht zur Durchführung. Weil es aber der Baronie- und Junkerregierung v. P a p e n nicht einfällt, eine Reichsschuld an Preußen abzutragen, muß es eine andere Einnahmequelle finden. Diese unglückliche Aufgabe zu lösen hätte das geschäftsführende Kabinet allerdings den „kommenden stärkeren Männern“ in Preußen überlassen sollen, das wäre staatspolitisch klug gewesen! Wir befürchten nur, wenn die „Fl.-V.-Ztg.“ auf die Nazis baut, dann wird sie recht bald eine unangenehme Ernüchterung erfahren. Sie möge zu ihrem Studium und zur Erweiterung ihres politischen Verständnisses das „National-

keine toten Tiere sehen. Bei den Menschen ist er ja nicht so empfindlich. Und Vegetarier soll er sein? Mir neu. Aber schließlich, wenn einer eine weiche Birne liebt, dann muß er sie schon haben.“

Der SAF. unterbrach wieder nervös: „Sie wollten den Herren eine Betriebsbesichtigung ermöglichen.“ „Ach, dafür bin ich aber gar nicht mehr recht auf den Beinen. Das kann einer meiner Direktoren erledigen.“

Der Dollar steigt.

Direktor König begrüßte sie freundschaftlich. „Exzellenz Düssen hat mich schon telephonisch unterrichtet. Sie sehen, ich habe gerade einige Herren bei mir. Aber es dauert nicht lange, bitte, nehmen Sie Platz.“ Der Direktor wandte sich wieder seiner Besprechung zu: „Also macht eure Sache kurz, bisher habt ihr nur immer drum herum geredet. Was wollt ihr eigentlich?“ „Wir kommen mit dem Lohn nicht aus.“ „Man muß sich eben nach der Decke strecken.“ „Unsere Kinder verhungern uns, wie sollen wir sie denn satt kriegen! Ein Brot kostete gestern 520 000 Mark, wer weiß, was es heute nachmittag kosten wird. Wenn wir mit dem Geld nach Hause kommen, ist es schon fast gar nichts mehr wert.“ „Euer Hirn ist marxistisch verkleistert. Sonst müßt ihr stolz sein, daß unsere Federmark vom Ausland unabhängig ist.“ „Verdammt nochmal, ich bin stolz, wenn ich meine Kinder satt kriegen, aber nicht, wenn sie mir verrecken.“ „Ihr könnt bloß nicht wirtschaften. Wir sind euch doch schon soweit entgegengekommen, daß wir den Lohn täglich auszahlen. Laßt doch dann eure Frauen vor dem Betrieb warten, dann können sie gleich einkaufen gehen.“ „Machen wir ja alles längst. Das ist dann nach Feierabend ein Gehetz und Gewürge, noch tausendmal schlimmer als 1923.“ „Aber Mann, ihr müßt doch denken können. Jetzt haben wir den großen Auftrag für

Holland bekommen, weil wir billiger sein können als das Ausland. Wir zahlen mit Federgeld, und die müssen uns dafür gute Devisen geben.“ „Wenn der Auftrag ein so gutes Geschäft ist, da können Sie uns doch erst recht 100 000 Mk. pro Stunde mehr geben. Der Dollar steht jetzt schon auf 4½ Millionen.“

Der Direktor wurde unnahbar. „Wir wissen selbst, was wir zu tun haben. Was für ein Lohn gezahlt wird, darüber entscheidet ausschließlich Herr Düssen und in seinem Auftrag ich. Da hat kein einziger was mitzureden. Ihr denkt wohl noch an früher zurück, als eure Betriebsräte die Nase in alles steckten und eure Gewerkschaftsbözen bei jeder Gelegenheit eine Lohnerhöhung herausholen wollten. Ihr werdet euch schon daran gewöhnen müssen, daß es bei uns im Dritten Reich wieder so ist wie in der guten alten Zeit. Wer Knecht ist, muß Knecht bleiben. — So, und nun geht wieder an eure Arbeit, ihr habt jetzt schon eine halbe Stunde Lohnausfall gehabt.“

„Zu diesem Lohn brauchen wir überhaupt nicht erst wieder anzufangen.“ „Soll das eine Streikdrohung sein? Dann kommt ihr an den Falschen. Ihr vergeßt immer wieder, daß ihr im Dritten Reich lebt. Denkt an Adolf Hitlers Notverordnung: Wer streikt wird erschossen. Das hatte er schon 1923 bestimmt, es war der § 13 in seinem Gesetzentwurf. Aber ihr müßt ja selbst wissen, was ihr tut; von mir aus könnt ihr euch ruhig erschießen lassen. Ich stelle dann eben Arbeitsdienstleute ein. Die kriegen nicht mal wie ihr die Stunde 300 000 Federmark, die kriegen nischt, radikal nischt. Da mach ich noch ein Bombengeschäft bei.“ Er begleitete die Arbeiter zur Tür. „Natürlich, wenn einer sich genug gespart hat, kann er selbstverständlich die Arbeit verlassen; aber ihr wißt doch, bei uns ist es wie in Rußland: wer freiwillig die Arbeit verläßt, dem wird die Brotkarte entzogen.“ Fortsetzung folgt.

sozialistische Agrarprogramm" lesen, wo man auf Seite 20 für Einschränkung des Fleischverbrauchs eintritt und der Fleischverbrauch 1931 für unvolkswirtschaftlich erklärt wird! Ob das Fleischergerichte durch eine Drosselung des Fleischverbrauchs durch die Nazis profitiert, darüber mag es sich selbst Rechenschaft ablegen.

Die nunmehr für Preußen ab 1. Juli eingeführte Schlachtsteuer soll eine Einnahme von 100 bis 120 Millionen Mark im Jahr bringen. Schweine unter 30 Kilogramm bleiben steuerfrei, aus Haus-schlachtungen ebenfalls, während solche von 30 bis 75 Kilo mit 5 Mark, von 75 bis 120 Kilo mit 8 Mark und über 125 Kilo mit 10 Mark zu versteuern sind. Der Steuersatz für Ochsen beträgt bis 36 Mark, für Magerkühe 7 Mark, für sonstige Rinder bis 22 Mark, für Kälber 4 Mark und für Schafe 1,50 Mark. Natürlich soll auch für die nach Preußen eingeführten Fleisch- und Wurstwaren die Ausgleichsteuer in Anwendung kommen.

Wir verurteilen die Einführung der Schlacht- und Ausgleichsteuer nach wie vor als das schärfste, denn sie stellt nichts anderes als eine Fleisch- und Wurststeuer dar! Weiterer Umsatzrückgang und Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeit sind die nächsten Folgen, da die Steuer auf den Kunden abgewälzt wird. Das Elend unter den Beschäftigten im Fleischergerichte ist groß genug, so daß alles versucht werden muß, Maßnahmen zu verhindern, die diesen Zustand nur noch verschärfen. Die Schlacht- und Ausgleichsteuer aber wird ins Gegenteil umschlagen!

Mehl- und Brotpreise am 1. Juni

Der Weltgetreidemarkt zeigte auch im Mai allgemein eine stetige Tendenz; an den deutschen Märkten waren dagegen in der ersten Hälfte des Monats Preissteigerungen von 8 bis 10 Mk. pro Tonne für Weizen zu verzeichnen. Nachdem aber der dringende Bedarf der Mühlen gedeckt war und die Nachfrage nachließ, trat wieder ein Umschwung in der Marktlage ein, wozu auch die Witterungsverhältnisse und Ernteaussichten beigetragen haben dürften. Die Preislage für Roggen blieb gegenüber dem Vormonat fast unverändert; dieses ist nicht zuletzt auf die Abgabe des verbilligten Russenroggens zurückzuführen. Die Zollversprechungen an die Agrarier, die nun bekanntlich die nach ihrem Geschmack neugebildete Regierung des Adels unterstützen, werden wahrscheinlich recht bald zu weiteren Steigerungen der Brotgetreidepreise führen. Im Durchschnitt der einzelnen Monatsdrittel des Mai gestaltete sich die Preisentwicklung an den Getreidebörsen wie folgt:

	Ausland		Inland		Berliner	
	Weizen Roggen (Manitoba II) pro Tonne, verzollt ab Hamburg	Western II pro Tonne, verzollt ab Hamburg	Weizen abmarkt (Berliner Notierung pro Tonne)	Roggen abmarkt (Berliner Notierung pro Tonne)	Weizenmehl pro 100 kg	Roggenmehl pro 100 kg
2.-10.	288,-	207,-	274,-	200,-	36,25	27,25
11.-20.	290,-	207,-	275,-	205,-	36,25	27,50
21.-30.	289,-	207,-	270,-	197,-	35,25	27,50

Nach der von uns allmonatlich durchgeführten Statistik hat der Durchschnittspreis für 1 dz Roggenmehl oder sogenanntes Bäckermehl eine geringe Abschwächung erfahren; dieser betrug am 1. Mai für 1 dz 31,28 Mk., am 1. Juni 30,78 Mk. Der durchschnittliche Preis für 1 kg Roggenbrot hat sich in dieser Zeit gleichfalls von 38 auf 37,8 Pf. ermäßigt.

Ort	Preis für 1 dz Roggenmehl		Preis für 1 kg Roggenbrot (Mischbrot)		Gewicht des Weizenbrotchens g
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	
Königsberg i. Pr.	29,-	36	41,-	2,5	40
Breslau	30,-	36	37,75	4	66
Görlitz	30,-	32,5	39,-	2,5	35
Gleitwitz	30,-	31	35,40	5	65
Ratibor	30,-	33	37,-	5	75
Berlin	28,90	36	35,-	2,5	31
Hamburg	30,-	36	44,75	2,5	25-30
Bremen	32,-	41	42,50	2,5	28
Magdeburg	28,50	34	41,75	5	55
Hannover	30,50	34	46,50	2,5	29,5
Leipzig	31,-	34	38,50	4	50
Halle	31,-	36	41,50	3	35
Chemnitz	31,50	36	41,-	4	42-45
Dresden	31,50	37	40,25	4	42-45
Erfurt	31,-	35	38,-	3	38
München	31,-	40	42,-	4	42
Nürnberg	32,50	38	42,25	4	42
Landshut	31,-	44	40,-	5	34
Würzburg	33,-	40	42,-	3	60
Stuttgart	34,-	38	42,-	4	45-50
Mannheim	29,50	37,3	40,-	4	49
Freiburg i. Br.	34,-	42	42,50	4	35
Frankfurt a. M.	30,25	38	40,50	4	40
Kassel	30,-	35	40,50	3	35
Köln	29,50	43	39,-	3	35
Aachen	30,-	43	38,75	3	38-40
Krefeld	30,-	40	39,-	3	35
Wuppertal	31,50	40	44,-	3	40-50
Essen	34,-	41,6	42,-	2,5	32
Dortmund	28,50	38	40,-	2,5	35-40
Bielefeld	30,50	36,8	41,-	2,5	30
Danzig	25,50	40	26,-	3	45

*) Durchschnittspreis *) Feinstrot

Streik in der Fassfabrik Ziskoven, Köln

Abwehr gegen Lohnabbaudiktat.

Die Beschäftigten der Packfabrik Ziskoven in Köln-Braunsfeld haben geschlossen die Arbeit niedergelegt um ein rigoroses Lohnabbaudiktat abzuwehren. Die Firma hat es schon seit jeher verstanden, die Löhne der Arbeiter weit unter den üblichen Löhnen festzusetzen. Sie konnte dies, weil ein Teil der Beschäftigten unorganisiert gewesen ist. In einem neuen Lohnstreit wurde ein Schiedsspruch gefällt, der einen weiteren Abbau von 5 Proz. vorsah. Dieser Abbau war der Firma zu gering, weshalb sie den Schiedsspruch ablehnte und gleichzeitig den Arbeitern mitteilte, daß die Lohnsätze ab 17. Juni um 10 Proz. gesenkt werden.

Dieses Verhalten hat auch die Unorganisierten zur Besinnung gebracht. Sie haben sich dem Verband angeschlossen und sind gemeinsam mit den Organisierten in den Streik getreten. Besonders interessant ist, daß der Firmeninhaber mit seiner ganzen Familie eingeschriebenes Mitglied der Nazi-partei ist. Er versucht seine Verbindungen auszunutzen, um Streikbrecher in seinen Betrieb zu bekommen. Dies dürfte ihm nicht gelingen, denn es gibt keine Böttcher, die sich als Streikbrecher betätigen.

Beschlüsse des Konditorenbundestages

Die Stellungnahme des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks, der in einem Telegramm an den Reichspräsidenten durch verständnisvolle Aufnahme des Kabinetts der Barone und der Generale Ausdruck verliehen wurde, findet ihren Niederschlag in den Beschlüssen des Bundestages der selbständigen Konditoren in Essen. Unter anderem wurden zwei die Arbeitnehmer des Konditorgewerbes stark interessierende Beschlüsse gefaßt.

1. Zur Sonntagsarbeit:

„Der Reichsbundestag der Deutschen Konditoren zu Essen richtet an die Reichsregierung und an alle Länderregierungen, sowie an alle beteiligten Stellen und Persönlichkeiten den dringenden Appell, dafür zu sorgen, daß so rasch wie möglich auch dem Konditorenberuf Sonntagsarbeit in Beschränkung auf leichtverderbliche Waren für mindestens zwei Stunden erlaubt und ihm eine genügende Sonntagsverkaufszeit eingeräumt wird. Der jetzige Zustand bedeutet eine praktische Rechtsungleichheit, weil die in Frage stehenden Erzeugnisse unberechtigt von Nicht-Konditoreien dauernd hergestellt werden.“

2. Weibliches Bedienungspersonal:

„Die Durchführungsverordnung des Gaststätten-gesetzes betr. die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Schank- und Gastwirtschaften muß dahingehend geändert werden, daß Lehrlingmädchen in Konditoreien, die nur mitunter und nur zu Lern-zwecken zur Bedienung der Gäste herangezogen werden, von den Vorschriften der Verordnung über die Entlohnung ausgenommen sind.“

Beide Beschlüsse sind erfüllt von reaktionärem Geist und Ausbeutungswillen. Sie kennzeichnen das Ziel der Unternehmer im Konditorgewerbe. Rück-sichten auf den Menschen als Arbeitnehmer werden nicht genommen. Die Unternehmer wittern Morgen-luft und das Kabinett der Adligen unter Assistenz der Nazis sollen den gewünschten Erfolg bringen. Der jahrelange Kampf der Gewerkschaften gegen jede Verschandelung der sozialen Errungenschaften soll durch den Verrat der Nazis gekrönt werden. Ob es die Kollegen merken und frühzeitig das Steuer herumwerfen?

Parlament der Genossenschaften

Der diesjährige Genossenschaftstag wurde beherrscht von der alles zerstörenden Wirtschaftskrise. Die Konsumvereine sind solchen Wirtschaftskatastrophen schonungslos ausgesetzt. Ihnen obliegt, den Stoß mehr oder weniger zu parieren und dieses oder jenes durch geschickte Manöver abzuwenden. Die Tagung fand im Volkshaus Jena statt. An-nähernd 1000 Delegierte, Gäste und Vertreter waren erschienen. Der Vorsitzende des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, Heinrich Lorenz, erhob in seiner Eröffnungsrede schwere Anklagen gegen die kapitalistische Wirtschaft. Die Konsum-genossenschaften können sich einer solchen Katastrophe nicht entziehen. Sie müssen bestrebt sein, das aus eigener Kraft Geschaffene, wenn auch unter schwierigen Bedingungen, zu halten.

Im Namen der freien Gewerkschaften betonte Genosse Schufze, Berlin, die gemeinsamen Ziele und Aufgaben der Gewerkschaften und Genossen-schaften als die beiden großen Arme der deutschen Arbeiterbewegung.

Das Vorstandsmitglied Klepzig sprach über „Entwicklung und Stand der Konsumgenossenschaftsbewegung“. Auch dieser Redner mußte die gegen-wärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse zum Aus-

gangspunkt seiner Betrachtungen nehmen. Die Konsumgenossenschaften vermögen sich nicht, so führte der Redner weiter aus, den Wirkungen der Krise zu entziehen. Trotz allen Bemühungen gelang es ihnen nicht, den Mitgliederrückgang zu ver-hindern oder den Umsatzrückgang aufzuhalten. Mengenmäßig hat die Inanspruchnahme der konsum-genossenschaftlichen Güterversorgung der Ver-genossenschaftlichen die Vergrößerung als eine Verkleinerung erfahren. Die Konsumgenossenschaften stellen ein nützliches Glied der Volkswirtschaft dar. Ihr Ideal ist die gemeinschaftliche Bedarfsdeckung, mithin krisenlose Wirtschaft.

Das Vorstandsmitglied Bästlein berichtete über „Wirtschaftliche Angelegenheiten“. Trotz aller Bemühungen des Vorstandes, die steuerliche Sonderbelastung der Konsumgenossenschaften durch die verfallene Regierung wieder zu beseitigen, konnte hierin kein Fortschritt erreicht werden. Sogar beim Brotbezug müssen die Mitglieder der Konsumvereine, die zum Teil aus Arbeitslosen bestehen, die erhöhte Umsatzsteuer zahlen. Zu der Sonder-Steuer einzelner Länder. Daß unter diesen Um-ständen den Konsumgenossenschaften das Leben nicht leicht gemacht wird, ist verständlich. Bästlein verteidigte die Forderung des Zentralverbandes, vom Reich zur Unterstützung notleidender Konsumvereine die Mehrleistung an Steuern zurück-zuerhalten. Die Konsumgenossenschaften verlangen durchaus nichts Ungewöhnliches, wenn sie diese Forderung erheben.

Es folgten noch Referate über „Fortbildungs-wesen“, „Internationale genossen-schaftliche Angelegenheiten“, „Die Pensionskasse des Zentralverbandes“ und „Notverordnungen und die sich daraus ergebende Steuer- und Wirt-schaftsverhältnisse der Konsum-genossenschaften“.

Einige Anhänger der KPD, übten Kritik an der Einstellung der im Zentralverband vereinigten Genossenschaften und wünschten eine Aenderung derselben. Sie fanden aber keinen Resonanzboden dafür. Die Generalversammlung der Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine folgte der Tagung des Zentralver-bandes. Natürlich konnte auch die GEG. sich den Einwirkungen der Krise nicht entziehen. Trotzdem ist es bisher gelungen, diesen einzigartigen Großbetrieb der Konsumgenossenschaften innerlich gesund und intakt zu halten.

Bei den vorgenommenen Vorstandswahlen wurde für den ausscheidenden Redakteur Kasch unser Verbandskollege, der frühere Staatspräsident Badens, Dr. Remmele, gewählt.

Der diesjährige Genossenschaftstag gehörte zu den ernstesten, die seit Bestehen des Zentralverbandes stattgefunden haben. Es ist kein Geheimnis, daß zahlreiche Konsumvereine es sehr schwer haben, die auf sie einströmenden Schwierigkeiten abzuwehren. Demgemäß war auch die Stimmung auf dem Kongreß. Erfreulicherweise hat auch hier der Optimismus den Sieg davongetragen. Der Genossenschaftsbewegung liegt eine so gesunde Idee zugrunde, daß selbst eine Weltwirtschaftskrise diese Bewegung nicht zu vernichten vermöge. Die Konsumgenossen-schaften bestehen in wenigen Jahren 90 Jahre. Sie haben während dieser langen Zeit viel über sich ergehen lassen müssen. Sie haben Kriege, Revolutionen, Inflationen usw. erlebt und sind mit ihnen fertig geworden. Deshalb wird auch diese Welt-katastrophe der kapitalistischen Wirtschaftswelt den gesunden Kern der Genossenschaftsbewegung nicht vernichten können.

Wir erhalten

zu unserem in Nummer 21 der „Einigkeit“ veröffentlichten Artikel „Die Pläne der Faschisten“ von der Reichs-Betriebszellen-Abteilung der Organisations-abteilung I der NSDAP, folgende Feststellung:

1. Das behauptete Rundschreiben bzw. die behaupteten Richtlinien sind niemals ergangen. 2. Auch sonst, bei anderer Gelegenheit oder in irgendwelcher anderer Form sind niemals derartige oder ähnliche Richtlinien, Anweisungen oder Gedanken usw. mitgeteilt oder auch nur erwogen worden.

Wir sind durch das Reichspressegesetz gezwungen, diese Mitteilung zu veröffentlichen. Die Nazis werden uns damit aber nicht weismachen wollen, daß sie Freunde der freien Gewerkschaften sind. Es ist längst bekannt, daß von den Nazi-Gau-leitungen wiederholt Anordnungen zur Zertrümmerung der freien Gewerkschaften erlassen wurden. Wir sind daher erstaunt, daß diese Tatsachen auch abgestritten werden.

Unsere Zeitschriften

Technik und Wirtschaftswesen. Das soeben herausgekommene Juniheft dieser Fachzeitschrift für die Beschäftigten in der Getreide, Mehl, Zucker und Kakao verarbeitenden Industrie ist wieder mit vielen außer-ordentlich wertvollen und interessanten Abhandlungen

ausgestattet. Jeder im Betrieb stehende Kollege sollte das für 15 Pf. erhältliche Heft bei seiner Ortsverwaltung bestellen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Entwicklung der Gießputzmaschine I. Die Teigwarenfabrikation III. Die Säuregrad-Bestimmung und ihre praktische Anwendung in der Bäckerei. Bestimmung des Ausmahlungsgrades. Der Berliner Knüppel. Das Ausstoßen der Teige. Bäckereitransformatoren. Technisch-wissenschaftliche Umrechnung. Mathematisches aus der Praxis. Arbeitsweise und -material. Aus Gewerbe und Industrie. Rohstoffmarkt. Fragekasten. Patente.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Reichstarif — Süß-, Back- und Teigwarenindustrie. Zu den getroffenen Vereinbarungen zur Schaffung eines neuen Reichstarifes für die Süß-, Back- und Teigwarenindustrie (6. Vertrag) haben die Tarifparteien die Zustimmung erteilt. Der neue Tarif tritt am 1. Juli in Kraft.

Ungültig erklärt wird das Mitgliedsbuch Nr. 319 034 für Franz Sewerin. Beim Vorzeigen einziehen und an den Vorstand einsenden.

Der Vorstandsvorsitzende.

Bekanntmachung des Verbandsausschusses.

Die im § 27 Ziff. 3 der Verbandsatzungen vorgeschriebene außerordentliche Revision der Verbandskasse durch Mitglieder des Verbandsausschusses hat am 6. bis 8. Juni 1932 im Verbandshaus in Berlin stattgefunden. Kasse, Bücher und alle sonstigen Unterlagen wurden in Ordnung gefunden.

Berlin, den 8. Juni 1932.

Der Verbandsausschuß: H. Wittich, K. Kohler, W. Mahn. Die Revisoren: M. Barth, W. Röthig, E. Schmieddecke.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 3. Juni bis 9. Juni 1932.

Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

Ortsgruppen:

Berlin 478,80. Zerbst 100,—, Sagan 100,—, Torgau 150,—, Augsburg 35,28, Bayreuth 29,32, Bremen 65,44, Landshut 28,32, Magdeburg 105,88, Breslau 200,72, Münster 19,96, Wuppertal 58,78, Cleve 1701,44, Düsseldorf 920,85, Münster 70,—, Gölitz 27,30, Erfurt 38,64, Bitterfeld 200,—, Schneidemühl 30,—, Dresden 169,92, Halle a. d. S. 59,24, München 276,84, Stendal 45,16, Stettin 80,44, Würzburg 63,28, Greiz 300,—, Döbeln 100,—, Uetersen 200,—, Rostock 19,64, Leipzig 139,24, Saarbrücken 110,64, Berlin 9,35, 14,—, Bellheim 200,—, Gerabronn 100,—, Ludwigslust 400,—, Merseburg 350,—, Bielefeld 79,96, Braunschweig 38,64, Duisburg 55,60, Heilbronn 17,80, Kulmbach 18,32, Dortmund 69,26, Hamburg 427,08, Königsberg i. Pr. 20,96, Solingen 16,64, Viersen 600,—, Regensburg 34,12, Berlin 664,71, Chemnitz 57,12, Bayreuth 10,76, Bremen 2072,79, Breslau 2447,15, Düsseldorf 1197,75, Gera 35,—, Hamburg 0,50, Leipzig 4462,63, Liegnitz 699,39, Magdeburg 2753,40, München 4005,93, Stuttgart 2911,34, Würzburg 0,80, Essen 36,60, Koblenz 36,12, Krefeld 10,—, Zweibrücken 150,—, Krefeld 306,—, Mainz 58,60, Stuttgart 119,20, Ilmenau 90,—, Insterburg 190,—, Jever 100,—, Löwenberg 40,—, Mannheim 72,56, Schönebeck 800,—, Straubing 150,—, Tilsit 269,17, Velten 140,—, Nürnberg 97,72, Berlin 12,80.

Sonstiges.

Berlin 127,50, 175,—, 86,52, 340,—, 677,24, 660,—, 164,84, 2018,10, 86,27, 76,34, München 3,90, Walsheim 2,27, Mülheim 1,—, Berlin 1355,20, 16 945,52, 7152,12, Zürich 414,96, Berlin 75,—, 6166,60, 71,33, München 52,—, Leipzig 2,40, Freising 0,65, Kulmbach 5,88, Berlin 5,75, Bielefeld 20,—, Mainz 75,—, Berlin 230,—, 372,76, Augsburg 2413,—, Berlin 309,—, 2600,—, 10 000,—, Kulmbach 67,20, Posen 4,80, Berlin 170,—.

Korrespondenzen

Achim. Den Inhabern der Honigkuchenfabrik Rieka & Co. war die Organisation von jeher ein Greuel. Sie schwören auf den Stahlhelm und das „Dritte Reich“. Am Schaufenster der Konditorei bringt Rieka jun. täglich die neueste Nummer des „Völkischen Beobachters“ an, sicher nur zu dem Zweck, den Andersgesinnten begrifflich zu machen, daß man auf sie als Kunden verzichtet. Briefe der Organisation werden unbeantwortet in den Papierkorb geworfen. Jedes Jahr nach den Weihnachtsfeiertagen wird aus Arbeitsmangel fast die ganze Belegschaft entlassen. Die Wiedereinstellung erfolgt nach Gunst, wobei es meistens so kommt, daß die organisierten Kolleginnen und Kollegen, in erster Linie aber solche, die es wagten eine Meinung zu haben und dem Stahlhelmeister Paulus nicht die „nötige Achtung“ entgegenbrachten, bei der Wiedereinstellung vergessen werden. In neuer Zeit werden die Kolleginnen offen aufgefordert, aus dem „roten“ Verband auszutreten. Dennoch versucht die Firma alles, daß ihre Produkte auch in Arbeiterkreisen Eingang finden. Das Geld der „Roten“ stinkt eben nicht!

Auch die Brotfabrik Simons ist ein feiner Betrieb. Geregelt Lohn- und Arbeitsbedingungen sind hier unbekannte Dinge. Alle Versuche, durch die Gewerbeaufsicht wenigstens zu erreichen, daß nicht über 48 und bis zu 60 und 70 Stunden pro Woche gearbeitet wird, schlugen bis jetzt fehl, da die Beamten daran nichts Ungesetzliches „finden“ können, denn alle Beschäftigten bestätigen stets, die Arbeitszeit wird nicht „übertreten“. Eingestellt wird nur, wer dem Stahlhelm oder dem Luisebund angehört. Gelingt es einem rüddigen Schaf, in den Betrieb zu kommen, bleiben ihm, wenn es ertappt wird, nur zwei Möglichkeiten, sich zu „bessern“ oder auf dem schnellsten Weg den Betrieb zu verlassen. Auch diese Firma legt großen Wert auf den Absatz ihrer Produkte in Arbeiterkreisen, wobei sie ganz besonders Hamburg bevorzugt. Auch ihr scheinen Arbeitergroßchen nicht zu schmutzig zu sein.

Regensburg. Die Ortsgruppe veranstaltete am 4. Juni trotz der wirtschaftlichen Krise, für ihre Verbandsjubilare eine sehr gut besuchte Familienfeier. Gauleiter Kollege Ertl wies in seiner Ansprache besonders darauf hin, wie schwer es vor 25 Jahren in der Oberpfalz gewesen sei, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Brauereiarbeiter zu schaffen. Mit allen Mitteln versuchten die Unternehmer die Organisation zu unterdrücken. Trotzdem ist es unter großen Anstrengungen der alten Kollegen gelungen, Verbesserungen zu schaffen. Auch heute ist das Unternehmertum wieder daran, den Arbeitern alle Errungenschaften wieder streitig zu machen. Es müssen deshalb alle Kräfte angespannt werden, diese zugekauften Verschlechterungen abzuwehren. Redner dankte den Jubilaren für ihre seit 25 Jahren dem Verbands geleistete Arbeit und für die ihm bewiesene Treue. Nach einem sehr sinnreichen Prolog von Fräulein Meier überreichte Kollege Korduletsch den Jubilaren die Ehren diplome und beglückwünschte sie. Bezirksleiter Kollege Wankel dankte im Namen der Jubilare. Er gedachte dabei dem leider allzufrüh verstorbenen Kollegen Schrembs. Dreimal gelang es den Unternehmern, die Anfänge der Organisation im Keime zu ersticken. Erst im Jahre 1906 wurde mit dem Aufbau wieder begonnen, und schon im Frühjahr 1907 mußte zum ersten Streik gegriffen werden, wodurch es gelungen ist, den ersten Tarifvertrag zustande zu bringen. Seit dieser Zeit hat sich die Ortsgruppe Regensburg behauptet. Unter Mitwirkung der Musikkapelle der Naturfreunde sowie von Mitgliedern des Arbeitervolkschors verlief die Feier in harmonischer Stimmung.

Stettin. Die Lohnbewegung in den Wurstfabriken hat wieder gezeigt, was gewerkschaftliche Disziplin auch im Abwehrkampf durchzusetzen vermag. Die Fabrikanten verlangten 15 Proz. Lohnabbau. Die Belegschaften (188 Kollegen und Kolleginnen) haben diese Zumutung rundweg abgelehnt. Bei den Verhandlungen mußten die Fabrikanten bald erkennen, daß sie ihren Willen nicht durchsetzen können. Sie wußten auch, daß ihnen weder ein Streik, noch eine Aussperrung nützlich geworden wäre. Also zogen sie die friedliche Vereinbarung vor, die dahingehet, daß der Spitzenlohn bzw. Einheitslohn der Fleischergehilfen von 1,11 Mk. ab 1. Juni bis 30. September auf 1,08 Mk., von da ab bis 28. Februar 1933 auf 1,06 Mk. gesetzt wurde. Die anderen Löhne, die Wochenlöhne sind, wurden dementsprechend geändert, bis auf die der jüngeren Hilfsarbeiter, die unverändert bleiben.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Frühjahrsentlastung auf dem Arbeitsmarkt ist auch in der zweiten Maihälfte nur gering gewesen. Wie in dem neuen Bericht der Reichsanstalt mitgeteilt wird, beläuft sich der Rückgang der Arbeitslosenziffer auf nur 92 000. Die Zahl der Arbeitslosen ist mithin am Ende des Monats Mai immer noch mit 5,38 Millionen um 1,5 Millionen größer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Aus der verhältnismäßig geringen Entlastung des Arbeitsmarktes ist ersichtlich, daß die Krise an Schärfe noch nicht abgenommen hat. In den Konjunkturberufen hat sie sogar noch zugenommen, denn von dort wird vielfach noch über neue Stilllegungen und Arbeitseinschränkungen berichtet. Von den Arbeitslosen erhielten am Monatschluß rund 1,07 Millionen aus der Arbeitslosenversicherung und rund 1,58 Millionen aus der Krisenfürsorge Unterstützung. Die Zahl der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger betrug Ende Mai rund 2,08 Millionen.

Gebundene und freie Preise. In Deutschland geht die Preisentwicklung nach zwei Richtungen: Die eine wird bestimmt von der Konkurrenz des Weltmarktes, die andere liegt in der Gebundenheit durch Kartelle und Syndikate. Die Indexziffer gebundener Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren, die sich im Januar auf 84,4 stellte, betrug im Februar 84,2, im März 84,1 und im April 84,0. Wir sehen hier eine gewisse Stetigkeit der Preise. Dagegen fielen die Indexziffern der freien Preise weiter. Sie lauten für die gleiche Zeit 51,2, 50,5, 49,7 und 47,9. Die Preismeßziffer, die im Jahre 1926 auf der Basis von 100 stand, veränderte sich bis April 1932 bei den freien Preisen um mehr als die Hälfte, nämlich um 52 Proz. Die gebundenen Preise gingen in den 6 Jahren um 16 Proz. zurück. Das ist ein sehr wesentlicher Unterschied. Ein dreifach stärkerer Preisfall der freien Preise gegenüber den gebundenen kennzeichnet die Verschiedenheit der Preistendenzen. Noch eine Verschiedenheit ist beachtlich: Während die Rohstoffe bei Konsumgütern auf 70 stehen, beträgt die Höhe der Fertigwaren 120. Eine solche Spanne erscheint uns ebenfalls als anormal und daher als korrekturbedürftig.

Allgemeine Rundschau

Geschäftsabschluß bei Swift & Co. in USA. Der bekannte Schlachthauskonzern Swift & Co. erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 8 Millionen Dollar. Im Jahre 1931 betrug derselbe 12,49 Millionen Dollar und im Jahre 1930 13,7 Millionen Dollar.

Billige Urlaubstage! Der heutigen Zeit entsprechend sind die Pensionspreise in den Ferienheimen der Adefe ab 5. Juni erneut ermäßigt worden. Sie sind jetzt so gestellt, daß sie als durchaus erschwinglich bezeichnet werden können; betragen sie doch nur 3,50 bis 4 Mark.

Außerdem werden noch 3 Proz. Rückvergütung gewährt, die für den nächsten Aufenthalt gutgeschrieben werden, so daß der eigentliche Preis für die Pension nur 3,40 t 3,90 Mk. ausmacht. Die Heime haben nur Einzelzimmer mit 1, 2 und 3 Betten. Die Ausstattung ist angenehm. Die Lage der Heime reizvoll.

Prospekte sind kostenlos unter Beifügung von Rückporto erhältlich bei der Allgemeinen Deutschen Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H. in Jena, Marienstraße 4.

Literatur

Geschäftsbericht 1931 des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands. Erschienen im Selbstverlag des Verbandes, Berlin C 2, Neuer Markt 8.

Mit Kamera und Schreibmaschine durch Europa. Bilder und Berichte von Erich Grisar. 135 Seiten. Preis 4,30 Mk. Verlag: Der Bücherkreis, Berlin SW 61.

Der Verfasser ist durch Holland, Belgien, Frankreich, England, Polen, Tschechoslowakei, Italien und Spanien gereist und hat überall mit offener Augen und aufnahmebereiter Kamera die Verhältnisse der werktätigen Menschen studiert. Die Ausbeute dieser Reise ist zusammengefaßt in dem vorliegenden Buch, das wertvolle Einblicke in die Lebensgewohnheiten fremder Völker vermittelt.

Arbeitersport. Von Fritz Wildung. Reich illustriert. 158 Seiten. In Halbleinen gebunden 4,30 Mk. Verlag: Der Bücherkreis, Berlin SW 61.

Der Verfasser dieses empfehlenswerten Werkes ist Leiter der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege. Er steht seit Jahrzehnten an führender Stelle in der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung. Er ist also der Berufene dazu, das Wesen des Arbeitersport darzulegen. Es ist ihm dies gut gelungen, was unzweifelhaft dazu beitragen wird, dem Arbeitersport neue Freunde zu gewinnen.

Ein Feuer flammt auf. Ein Zeitroman. Von Erich Herrmann. 223 Seiten. Preis 2,50 Mk. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68.

Im Mittelpunkt des Romans steht der arme oberschlesische Land- und Waldarbeiter Lianek. Der Ablauf seines Lebens vor, während und nach dem Kriege stellt ein Stück Zeitgeschichte dar, wie es besser nicht geschrieben werden kann.

Nach jahrelanger goldner Zeit ist Julius endlich nun bereit, ins Ehejoch zu treten. Vorbei ist's nun mit Skat und Faten, jetzt werden geteilt die paar Moneten, auch gilt's zum Babbis'happen anzutreten. Darum „Frei Heil“ dem schmucken Paare. Für's fernere Wohl woll'n wir noch gern 'nen Kaps verlöten. Prost!

Unserm lieben Kollegen Julius Hackenberg nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die organisierten Kollegen der Brotfabrik W. Günther-10,20) Oberhausen Rhld. und die Ortsgruppe Duisburg.

Unserm Mitglied und Kollegen Hermann Menger zu seinem 25. jähr. Arbeitsjubiläum in der National-Jürgens-Brauerei die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]

Die Kollegen der Ortsgruppe Braunschweig

Nachruf! Am 6. Juni 1932 starb nach schwerem Leiden im Alter von 22 Jahren unsere treue Kollegin Marie Kuhlmann. Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten. [3,90] Ortsgruppe Minden i. Westf.

Nachruf! Am 1. Juni starb nach kurzer Krankheit und Operation unser Kollege Paul Hentschel. Brauer, früher Kellermeister Brauerei Croischwitz, jetzt in Gorkau. [5,10] Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Die Kollegen der Ortsgruppe Gorkau s. Zobten.

Nachruf! Am 5. Juni entriß uns der Tod unseren Kollegen, den Invaliden Oskar Schautus. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. [3,90] Ortsgruppe Schmöln.

Nachruf! Am 4. Juni verschied durch Herzschlag bei der Arbeit unser langjähriger Kollege, der Backmeister Albert Fritzsche. Ehre seinem Andenken. [3,60] Ortsgruppe Eilenburg.

Nachruf! Am 8. Juni verstarb unser Kollege Viktor Wardgaski. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Kollegen der Brauerei Böllert und Ortsgruppe Duisburg.

Nachruf! Am 4. Juni 1932 verstarb unser Kollege, der Brauer Otto Redlich. Wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren. Die Kollegen der Bergbrauerei Wernesgrün. Ortsgruppe Zwickau.

Nachruf! In den Monaten April und Mai 1932 starben unsere Kollegen: Max Kastner, Gewerkschaftsangehörter Otto Schade, Gastwirt-Brauer Gustav Halse, Bäcker Gertrud Petrick, Fleischverkäuferin Friedrich Schweißer, Invalide Wilhelm Kamppe, Bierfahrer, Böhmisches Brauhaus Ernst Kluschke, Stallmann, Schultheiß-Brauerei Abtl. I. Paul Walter, Bierfahrer, Schultheiß-Brauerei, Ndlg. Lankwitz Helena Meier, Süßwaren, Faßbender Emil Brunkow, Flaschenbierfahrer Otto Markwitz, Invalide Hermann Ebersbach, Bierfahrer, Schultheiß-Brauerei, Abtl. II. Wilhelm Steinicke, Portier, Brauerei Breithaupt-Landré Karl Bauer, Bierfahrer, Schloßbrauerei Schöneberg Karl Schulze, Flaschenkellerarb., Schloßbrauerei Schöneberg Oswald Materne, Invalide [15,—] Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsgruppe Berlin

Frauenrecht

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

23. Fortsetzung.

„Wir haben Dokumente“, sagte er dem unglücklichen Zigeuner, „bleibt Ihnen nichts übrig, als zu gestehen, in welchem Wirtshaus Sie das gesagt haben und von welchem Regiment die Soldaten waren, die Ihnen zugehört haben und wann das war.“

Der unglückliche Zigeuner dachte sich sogar das Datum und das Gasthaus aus und von welchem Regiment seine vermeintlichen Zuhörer gewesen waren und als er vom Verhör ging, lief er einfach aus dem Garnisonarrest davon.

„Sie wollen sich zu nichts bekennen“, sagte Auditor Bernis, als Schwejk schwieg wie das Grab, „Sie wollen nicht sagen, warum Sie hier sind, warum man Sie eingesperrt hat. Mir könnten Sie's wenigstens sagen, bevor ich es Ihnen selbst sage. Ich mache Sie nochmals darauf aufmerksam, daß Sie gestehn sollen. Es ist besser für Sie, weil es die Untersuchung erleichtert und die Strafe mildert. Das ist grad so bei uns wie bei den Zivilisten.“

„Melde gehorsamst“, ließ sich die gutmütige Stimme Schwejks vernehmen, „ich bin hier im Garnisonarrest als Findling.“

„Wie meinen Sie das?“

„Melde gehorsamst, ich kann das auf sehr einfache Art erklären. Bei uns in der Gasse ist ein Kohlenmann, und der hat einen ganz unschuldigen zweijährigen Buben gehabt und der ist einmal zu Fuß von der Weinberge bis nach Lieben gekommen, wo ihn ein Polizist gefunden hat, wie er auf dem Trottoir gesessen ist. Er hat also diesen Buben aufs Kommissariat geführt und man hat ihn dort eingesperrt, das zweijährige Kind. Wie Sie sehn, war der Bub vollständig unschuldig und man hat ihn doch eingesperrt. Und wenn er sprechen gekonnt hätte und jemand ihn gefragt hätte, warum er dort sitzt, hätte er's auch nicht gewußt. Und mit mir geht's so ähnlich. Ich bin auch ein Findling.“

Der scharfe Blick des Auditors überflog Schwejks Gestalt und Gesicht und zerschellte an ihm. Aus diesem ganzen vor dem Auditor stehenden Geschöpf strahlte eine solche Gleichgültigkeit und Unschuld, daß Bernis aufgeregt in der Kautzlei auf und ab zu gehen begann und hätte er dem Feldkuraten nicht versprochen, ihm Schwejk zu schicken, weiß der Teufel, wie's mit Schwejk ausgefallen wäre.

Schließlich blieb er aber wieder bei seinem Tisch stehen. „Hören Sie“, sagte er zu Schwejk, der gleichgültig vor sich hinschaute, „wenn ich Ihnen noch einmal begagne, so werden Sie dran denken. — Führen Sie ihn ab!“

Als man Schwejk auf Nummer sechzehn zurückbrachte, ließ sich Auditor Bernis Stabsprofoß Slawik rufen.

„Bis zur weiteren Entscheidung“, sagte er kurz, „wird Schwejk dem Herrn Feldkuraten Katz zur Disposition geschickt. Entlassungspapiere ausfertigen und Schwejk mit zwei Mann zum Herrn Feldkuraten führen!“

„Soll man ihm Fesseln auf den Weg geben, Herr Oberleutnant?“

Der Auditor schlug mit der Faust auf den Tisch: „Sie sind ein Ochse. Ich hab Ihnen doch deutlich gesagt, Entlassungspapiere ausfertigen.“

Und alles, was sich während des Tages in der Seele des Auditors angehäuft hatte, Hauptmann Linhart und Schwejk, ergoß sich jetzt wie ein Sturzbach auf den Stabsprofoß und endete mit den Worten:

„Und jetzt werden Sie begreifen, daß Sie ein gekrönter Ochse sind.“

Das soll man eigentlich nur von Königen und Kaisern sagen, aber nicht einmal der gewöhnliche Stabsprofoß, ein ungekröntes Haupt, war damit zufrieden. Nachdem er den Auditor verlassen hatte, traktierte er auf dem Gang den Arrestanten, der den Gang aufräumte, mit Fußtritten.

Was Schwejk betrifft, nahm sich der Stabsprofoß vor, daß er wenigstens noch eine Nacht im Garnisonarrest schlafen müsse, damit er auch noch was genieße.

Die im Garnisonarrest verlebte Nacht gehört jederzeit zu den angenehmsten Erinnerungen Schwejks.

Neben Nummer sechzehn war der „Einzelk“, ein düsteres Loch, die Einzelhaft, von wo auch in dieser Nacht das Gewinsel eines eingesperrten Soldaten ertönte, dem Korporal Repa wegen irgendeines Disziplinarvergehens auf Befehl des Stabsprofoßen Slawik die Rippen brach.

Als das Gewinsel verstummte, wurde auf Nummer sechzehn das Knacken der Läuse vernehmbar die den Arrestanten beim Suchen in die Hände gerieten.

Ueber der Tür in einer Öffnung in der Mauer strömte die mit einem Schutzgitter versehene rauchende Petroleumlampe ein fahles Licht aus. Petroleumgestank vermischte sich mit den natürlichen Ausdünstungen der ungewaschenen menschlichen Körper und dem Gestank des Eimers, dessen Oberfläche sich nach jedesmaligem Gebrauch teilte, um eine neue Welle von Gestank in „Nummer sechzehn“ zu werfen.

Die schlechte Nahrung verursachte bei allen einen beschwerlichen Verdauungsprozeß und die Mehrzahl litt an Winden, die sie in der nächtlichen Stille fahren ließen, indem sie einander unter verschiedenen Scherzen mit diesen Signalen Antwort gaben.

Auf den Gängen war der gemessene Schritt der Wachen vernehmbar, von Zeit zu Zeit öffnete sich die Öffnung in der Tür und der Aufseher schaute durch's Guckloch.

JAROSLAV HÁSEK: Der „Zuchtwart“ und die deutschen Mädchen

Die Rassetheoretiker der Nationalsozialisten sind eifrig bemüht, diese ernste Zeit mit etwas Humor auszufüllen. Beim Studium der zu dieser Frage hervorgebrachten Literatur erhält man ein Bild davon, wie es ungefähr im Dritten Reich aussehen soll. Ein neues Werk „Neuadel aus Blut und Boden“ ist im völkischen Lehmann-Verlag, München, erschienen. Der Verfasser Walther Darré, übrigens ein geborener Argentinier (die Führer der Völkischen scheinen sich zum größten Teil aus Ausländern zusammensetzen), unterscheidet minderwertige und hochwertige Menschen. Bezüglich der Minderwertigen prägt er folgenden Satz: „Ein Volk von der hochwertigen Begabungsveranlagung hat den Wahnsinn, die Gesunden für die Minderwertigen arbeiten zu lassen und durch eine ausgiebige, angeblich soziale Gesetzgebung auch dafür Sorge zu tragen, daß dem Untermenschentum die weitesten Lebensmöglichkeiten offenstehen, während dem hilfsbedürftigen Wertvollen die Hilfe versagt wird.“ Dieser Satz zeigt, wie diese Herren die Arbeiterschaft und die soziale Gesetzgebung einschätzen. Aber das ist nicht das Wesentliche. Der Herr will einen neuen Adel schaffen. Deshalb schlägt er vor, sogenannte Hegehöfe einzurichten, die mindestens die Größe einer mittleren Gutswirtschaft haben sollen und an bodenverwurzelte Bauern- und Gutsbesitzergeschlechter vergeben werden sollen. Die Besitzer solcher Hegehöfe sollen den Titel Edelmann erhalten. Man würde also sagen können: „Adolf Wenck, Edelmann auf Hegehof Eickelberg“ usw. Die Suche nach der Edelfrau macht ihm einige Schwierigkeiten. Doch löst er auch dieses Problem.

Alle deutschen Mädchen werden in vier Klassen geteilt. In der ersten Klasse befinden sich diejenigen, „deren Verehelichung in jeder Beziehung wünschenswert erscheint“. Diese Gruppe umfaßt leider nur etwa 10 Proz. In der zweiten Klasse werden diejenigen Mädchen zusammengefaßt, deren Nachkommenschaft keinerlei grundsätzliche Bedenken entgegenstehen. Die dritte Gruppe der Mädchen darf zwar heiraten, aber ihr „erbwertlicher Zustand“

Auf dem mittleren Kavalet ließ sich leise eine erzählende Stimme vernehmen:

„Bevor ich hab weglaufen wolln und bevor sie mich dann her zwischen euch gegeben ham, war ich auf Nummer zwölf. Dort sind nämlich die Leichtern. Einmal ham sie euch einen Menschen hingebacht, von irgendwo von draußen. Der liebe Mann hat vierzehn Tage gekriegt, weil er Soldaten bei sich hat schlafen lassen. Zuerst hat man gedacht, daß es eine Verschöpfung is, aber dann hat sich's aufgeklärt, daß er's für Geld gemacht hat. Er hat zwischen den Leichtesten einsperrt sein solln, aber weil dort voll war, so is er unter uns gekommen. Aber was der sich alles von zu Haus mitgebracht hat und was man ihm noch geschickt hat, weil er irgendwie erlaubt gehabt hat, daß er sich selbst verköstigen kann und sich zu bessern. Sogar rauchen hat er dürrien. Er hat zwei Schinken gehabt, solche Riesenlaiber Brot, Eier, Butter, Zigaretten. Tabak, no kurz, an was man sich erinnert, das hat er in zwei Rucksäcken mitgehabt. Und der Kerl hat geglaubt, daß er's allein auffressen muß. Wir ham angefangen ihn anzubetteln, wie's ihm nicht eingefallen is, daß er mit uns teiln muß, wie die andern geteilt ham, wenn sie was gekriegt ham, der geizige Kerl hat gesagt, das herich nicht, daß er vierzehn Tage eingesperrt seind wird und daß er sich mit Kohl und verfaulten Erdäpfeln, was man uns als Minasch gibt, den Magen verderben möcht. Er wird uns seine ganze Minasch und das Kommißbrot geben, drun steht er herich nicht, das solln wir uns herich unter uns teiln oder der Reihe nach abwechseln. Ich sag euch, das war so ein feiner Mensch, daß er sich nicht mal auf'n Kibl setzen wollt und bis am nächsten Tag auf'n Spaziergang gewartet hat, daß er's im Hof auf der Latrine machen wird. Er war so verwöhnt, daß er sich sogar Klosettpapier mitgebracht hat. Wir ham ihm gesagt, daß wir ihm auf seine Portion pfeifen und ham ein, zwei, drei Tage gelitten. Der Kerl hat Schinken gefressen, hat sich Butter aufs Brot geschmiert, hat sich Eier geschält, kurz, hat gelebt. Er hat Zigaretten geraucht und niemandem nicht mal einen Schluck geben wolln. Wir dürfen herich nicht rauchen, und wenn's der Aufseher sehn möcht, daß er uns einen Schluck gibt, möcht man ihn herich einsperrn. Wie ich sag, wir ham drei Tage gelitten. Am vierten Tag in der Nacht hamr gemacht. Der Kerl is früh angekommen, und das hab ich euch zu sagen vergessen, daß er immer früh, mittags und abends, bevor er sich zu stopfen angefangen hat, gebetet hat, lang gebetet hat. Er hat also gebetet und sucht seine Rucksäcke unter der Pritsche. Ja, die Rucksäcke waren dort, aber ausgetrocknet, zusammengeschrumpft wie eine gedörnte Pflaume. Er hat angefangen zu schreien, daß er bestohlen is, daß sie ihm nur Klosettpapier dort gelassn ham. Dann hat er wieder vielleicht fünf Minuten geglaubt, daß wir uns eine Hetz machen, daß wir's wohin versteckt ham. Er sagt noch so lustig: „Ich weiß, ihr seid Schwindler, ich weiß, ihr werdet mir's zurückgeben, aber es is euch gelungen.“ — Da war dort zwischen uns ein Liebner, und der sagt: „Wissen Sie was, decken Sie sich mit der Decke zu und zähln Sie bis zeh. Und

ist nicht danach, daß sie Nachkommen hinterlassen, weshalb sie sterilisiert werden sollen. Die vierte Klasse der Mädchen umfaßt die letzte Stufe der „Minderwertigen“ einschließlich aller unehelichen Kinder. Diese vierte Gruppe der Mädchen soll sich weder verehelichen, noch Nachkommen zeugen dürfen. Der Hegehof-Edelmann darf sich nur Mädchen aus der ersten Klasse wählen und bedingt auch aus der zweiten Klasse. Die Mädchen der dritten und vierten Klasse „kommen für eine Hegehofehe nicht in Frage“. Um dies alles regeln zu können, schlägt in Frage“. Um dies alles regeln zu können, schlägt Darré eine neue Behörde unter dem Titel „Zuchtwart“ vor. Diese neue Behörde umschreibt dieses Rassegenie folgendermaßen:

„Die Zuchtwarte hätten ein von Staats wegen bestellter Stand zu sein, mit Reichshauptstelle, Länderstellen und örtlichen Unterstellen. Sie müssen in der Lage sein, über jeden einzelnen des deutschen Volkes in einem Stammbuch genau Buch zu führen. Jedes Neugeborene erhält durch das Standesamt oder den auf dem Standesamt arbeitenden örtlichen Zuchtwart eine Art vom Stammbuch.“

Das Problem des Frauenüberschusses

In den meisten Kulturländern gibt es mehr Frauen als Männer. In Deutschland tritt dies besonders in Erscheinung. In der Stadt Berlin kommen nach der letzten Volkszählung auf 100 Männer rund 188 Frauen. Am größten ist der Ueberschuß in dem Alter von 25 bis 45 Jahren. Das sind jene Altersklassen, die am stärksten durch die Kriegsverluste an Männern betroffen wurden. In der Altersgruppe von 25 bis 30 Jahren kommen auf 100 Männer 131 Frauen und in der Gruppe von 30 bis 35 Jahren 141. Weil die Frauen im allgemeinen älter werden als die Männer, ist der Frauenüberschuß bei den über 60jährigen Personen am größten. Auf 100 Männer entfallen in dieser Altersgruppe 150 Frauen. Seit 1925, wo diese Aufnahme erfolgte, wird sich das Verhältnis noch nicht wesentlich geändert haben. Die Zunahme der Frauenarbeit ist aus diesem Frauenüberschuß zu einem großen Teil erklärlich.

dann schau Sie in Ihre Rucksäcke.“ — Er hat sich zudeckt wie ein folgsamer Junge und zählt: Eins, zwei, drei — — — Und der Liebner sagt wieder: „Sie dürfen nicht so blöd sein, Sie müssen recht langsam — — — Und so zählt er unter der Decke langsam, in Pausen: Eins — zwei — drei — — — Wie er zeun gezählt hat, is er ausn Kavalet gekrochen und hat sich seine Rucksäcke nachgeschaut. — Jesumariandjosef, Leutln, hat er zu schreien angefangen, sie sind ja leer wie früher. — Und dabei sein blödes Gesicht, wir ham alle vor Lachen platzen können. Aber der Liebner sagt: „Probieren Sie's noch mal.“ — Und werdet ihr's glauben, daß er von dem allen so blöd war, daß er's nochmal probiert hat und wie er gesehn hat, daß er wieder nichts dort hat wie das Klosettpapier, hat er angefangen in die Tür zu dreschen und zu schreien: „Sie ham mich bestohlen, sie ham mich bestohlen, Hilfe, macht's auf, um Christi willen, macht's auf.“ Also sind sie gleich hireingestürzt, ham den Stabsprofoß und Korporal Riba gerufen. Wir, alle, einer wie der andere, sagen, daß er verrückt geworden is, daß er gestern bis lang in die Nacht gefressen hat und daß er das alles aufgefressen hat. Und er hat nur geweint und fort gesagt: „Es müssen doch irgendwo Bröserl sein.“ — Also hat man die Bröserl gesucht und nicht gefunden, weil, so geschreit waren wir auch. Was wir selbst nicht ham auffressen können, hamr per Post auf einer Schnur in den zweiten Stock geschickt. Sie ham uns nichts nachweisen können, obzwar der Trottel fort wiederholt hat: „Die Bröserl müssen doch irgendwo sein.“ — Den ganzen Tag hat er euch nichts gefressen und hat achtgegeben, ob niemand was ißt oder nicht raucht. Am nächsten Tag mittags hat er auch noch nicht die Minasch angerührt, aber abends hat er sich die verfaulten Erdäpfel und den Kohl schmecken lassen, nur daß er nicht mehr gebetet hat wie früher, bevor er sich an den Schinken und die Eier gemacht hat. Dann hat dort einer von uns auf irgendeine Art von draußen Dramas bekommen und da hat er mit uns zum erstenmal zu sprechen angefangen, damit wir ihm einen Schluck geben. Dreck hamr ihm gegeben.“

„Ich hab schon Angst gehabt, daß ihr ihm einen Schluck gegeben habt“, bemerkte Schwejk, „das hätt die ganze Erzählung verdorben. So einen Edelmut gibt's nur in Romanen, aber im Garnisonarrest unter solchen Umständen wär's Blödsinn.“

„Und eine „Decke“ habt ihr ihm nicht gegeben?“, ließ sich irgendeine Stimme vernehmen.

„Dran hamr vergessen.“

Eine leise Debatte hub an, ob er trotz allem eine „Decke“ hätte bekommen sollen oder nicht. Die Mehrzahl stimmte dafür.

Das Gespräch verstummte allmählich. Sie schlofen ein, während sie sich unter den Achseln, auf der Brust und auf dem Bauch kratzen, wo sich in der Wäsche am meisten Läuse halten. Sie schlofen ein, indem sie sich die verlausten Decken über den Kopf zogen, damit das Licht der Petroleumlampe sie nicht störe.

Fortsetzung folgt!